

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graunacher Str. 2/4, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Informationen über den Weg für die Expedition, Neue Graunacher Str. 2/4, und durch Buchhändler zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte M. 3.24.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 24.

Mittwoch, den 29. Januar 1908.

19. Jahrgang.

Die Geschichte des preussischen Wahlrechts.

Unter diesem Titel ist im Verlage der „Hilfe“ soeben ein Buch erschienen, das den bekannten national-sozialen Herrn von Gerlach zum Verfasser hat. Nach dem Vorwort soll das Werk dem alleinigen Zweck dienen, den Gegnern dieses Wahlrechts schneidende Waffen in die Hand zu geben. Die Güte und Zuverlässigkeit des Materials zur Befestigung dieses Schandflecks in der Geschichte Preußens sei es allein gewesen, worauf es dem Verfasser ankam. Und in der Tat, es sind scharfe, kluge Waffen, die der Verfasser in 250 Seiten des Buches sammelt. Mit großem Fleiße ist alles gesammelt, was aus Rederereien und Parlamentsreden auf das Dreiklassenwahlrecht Bezug hat und ebenso sind alle Vorzüge der einzelnen Parteien gegen dieses Wahlrecht die im Laufe der Zeit erfolgten, nebst ihren Erfolgen verzeichnet. Gerlachs Buch bildet eine willkommene Ergänzung der kleinen Literatur, die im Verlaufe des letzten Jahres in der deutschen Sozialdemokratie über die Schmach der preussischen Junkerherrschaft entstanden ist. In geistigem Hinsicht wird hier also bald kein Mangel mehr sein. Ueber das Studium der Wahlrechtsfrage hinweg ist jedoch die Arbeiterklasse nun schon bei der Organisierung des Kampfes angelangt. Schon steht sie mitten im Kampfe und die täglichen Ereignisse beanspruchen zur Zeit bereits größere Beachtung, als die wertvollsten Aufzeichnungen aus früheren Tagen. Im Kleinbürgertum aber liest man leider überhaupt keine Bücher und in der Großbourgeoisie konzentriert sich das „öffentliche Interesse“ ziemlich reslos um die Haus- und Waisennachrichten der Börse.

Die Sozialdemokratie reicht jedem Kämpfer aus bürgerlichen Kreisen gern die Hand, der mit ihr gemeinsam den Feldzug für die Befreiung des preussischen Volkes vom Junkerjoch führen will. Herr von Gerlach zählt zu diesen Männern und es wäre nur zu wünschen, daß seine Arbeit, speziell auch in bürgerlichen Kreisen diejenige Beachtung fände, die sie verdient. Der Leser wird durch sie zunächst vertraut gemacht mit der verächtlichen Komödie, die die preussische Regierung 1849 aufführte, als sie sich von dem auf Grund der oktroyierten Verfassung erwählten Landtage die Zustimmung zu ihrem am Volke verübten Rechtsbruch erteilen ließ. Dabei erschien einem wackeren Herrn von Wardeleben das Dreiklassenwahlrecht noch viel zu demokratisch und er beantragte, daß denjenigen Urwählern, die 100 Taler und darüber an direkten Steuern zahlten, eine volle Stimme als Wahlmann zustehen sollte und nur diejenigen, die unter 100 Talern an direkten Steuern zahlten, sollten in drei Klassen geteilt werden, um ihre Wahlmänner zu wählen. Herr von Bederach vermochte aber als Kommissionsberichterstatler der Kammer klar zu machen, daß man doch noch konservativer handle, wenn man der „reinen“ Dreiklassenwahl zustimme, was die Kammer denn auch mit Mehrheit tat.

Die Wahlkreiseinteilung wurde anfänglich vor jeder Wahl neu vorgenommen. Natürlich wurden die Wahlkreise ganz nach administrativer Willkür begrenzt und die Regierung hat mit jählicher Dreistigkeit es immer so einzuurteilen gewußt, daß die oppositionelle Wählerschaft noch mehr mundtot wurde, als sie es nach dem Wahlstimm an sich schon war. Dazu kam die Schikanierung der Wahlmänner durch die Bestimmung der Wahlorte. So mußten die Wahlmänner von Görlitz nach Neesky und die von Bromberg nach Nakel usw., um die Wahl der Abgeordneten vorzunehmen. Eine Wagenfahrt von 12 oder 14 Meilen vermochten die Wahlmänner natürlich oft nicht zu unternehmen und die Opposition der Städte war somit bei der Abgeordnetenwahl so gut wie gänzlich ausgeschaltet. Erst die „liberale“ Regierung von 1860 leitete dem Landtage ein Gesetz über die Festsetzung der Wahlkreise und Wahlorte vor, das mit geringfügigen Modifikationen noch heute gilt, trotz aller inzwischen erfolgten Verschiebungen in der Bevölkerung.

Mit der Öffentlichkeit der Wahl ist insbesondere auch von der Regierung andauernd der größte Mißbrauch getrieben worden. Im Jahre 1855 befaß der damalige Minister des Innern, v. Westphalen, die edle Dreistigkeit, durch einen Erlass allen Beamten zu verbieten, für oppositionelle Parteien zu stimmen. Er verteidigte später seinen Standpunkt damit, daß ja ein Beamter, der nach seinem Gewissen für den Kandidaten der Regierung nicht stimmen zu können glaube, sein Amt niederlegen könne. Aus diesem Prinzip heraus sei die Wahlfreiheit nicht gefährdet. Die „Regierungs-kandidaten“ haben den ministeriellen Erlass auch prächtig auszunutzen vermocht und 1856 wurde im Abgeordnetenhaus ein Fall zur Sprache gebracht, wo ein Landrat Wocke einen Schulmeister, der krank war, aufforderte, aus dem Bett aufzuheben, um für ihn zu stimmen, wenn er nicht seines Amtes entsetzt werden wolle. Der Landrat von Girschberg, v. Graevenitz, gibt im Abgeordnetenhaus mit frecher Schamlosigkeit diese Geschichte zum besten:

Wander (ein freisinniger Pädagoge. D. Red.) erhielt auch eine Anzahl von Stimmen und darunter von fünf Gebirgsführern, von denen zwei vor wenigen Wochen das Glück gehabt hatten, S. Majestät über das Gebirge zu tragen; ich beschrieb sie zu mir und hielt ihnen ihr Unrecht mit ernstlichen Worten vor, und ersuchte ihnen, daß sie sich meines Vertrauens unwürdig gemacht, ich ihnen daher die Legitimationen für das nächste Jahr nicht wieder erteilen werde.

Im Jahre 1863 sandte König Wilhelm I. an den Landrat v. Marwig in Greifenberg (Pommern) ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Teilen Sie dem Gutsbesitzer v. Löper-Stölitz auf dessen Anfrage von heute mit, daß ich mit der Wahl des Gutsbesitzers Kunde auf Michow und des Grafen Wartensleben einverstanden sein würde.“

Am 12. Januar 1888 berichtete der Pole v. Garsinski im Abgeordnetenhaus, daß in Krotoschin die Befangenen unter Kommando des Gefangenenaufsehers zur Wahl geführt wurden. Auch waren die Lehrer angewiesen worden, für wen sie stimmen sollten.

Aus der großen Anzahl von Fällen des ärgsten Wahlterrorismus sei nur ein Schreiben des Mittelmeisters v. Meyerinck im Garde-Pularen-Regiment an einen Vätermeister in Potsdam mitgeteilt. Es lautete:

„Euer Wohlgeboren teile ich ergebenst mit, daß mir die Anzeige gemacht worden ist, daß Sie nicht im Sinne Seiner Majestät des Königs gewählt haben.“

Da Sie hierdurch kein Vertrauen zu unserer Partei (1) setzen, so können Sie auch kein Vertrauen von unserer Seite verlangen und das Garde-Pularen-Regiment bittet Sie, sich ferner vom 1. November d. J. ab wegen Lieferung von Schritten nicht mehr zu bemühen.“

Im Jahre 1888 führte der freisinnige Abg. Uhlenborff im Abgeordnetenhaus aus:

„Und nun erst die armen Fabrikarbeiter! Ja, man muß in solchen Gegenden leben, um das Elend kennen zu lernen.“

(Lachen rechts.)
Meine Herren, ich beklage tief, daß Ihnen das lächerlich erscheint!

(Sehr wahr! links und im Zentrum.)

Der Geistliche, mit den Verhältnissen wohl vertraut, sah sich gezwungen, den Leuten den Rat geben zu müssen, daß sie an Weib und Kind denken mögen.

(Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, Sie kennen das Elend, was aus Oberschlesien gemeldet ist, ich meine die Fälle, wo Arbeiter, die jahrelang in Treue ihrem Broterwerb gedient, aus ihrer Stelle entlassen wurden, weil sie nicht auf Kommando stimmen wollten.

Für die Opfer dieses nationalliberalen Unternehmerrassismus mußte durch die Presse öffentlich gesammelt werden. Es waren keine Sozialdemokraten, sondern christliche Arbeiter.

Anfänglich wurde das preussische Abgeordnetenhaus auf drei Jahre gewählt. Aber schon 1852 kam der Regierung die Erkenntnis, daß das Regieren um so leichter sei, je seltener gewählt wird. Sie beantragte deshalb aus der dreijährigen Legislaturperiode eine sechsjährige zu machen, hatte damit aber zuerst kein Glück. Im Jahre 1888 beschloß das Abgeordnetenhaus aber die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre.

Später begannen die sogenannten „Reformen“. Das Jahr 1891 brachte uns die Drittelung der Wähler nach den Urwahlbezirken, statt früher nach den Gemeinden. Der Abgeordnete Richter beantragte damals die Annahme einer Resolution zu Gunsten der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fand damit aber vor den Augen der Mehrheit keine Gnade. Er empfand damals bereits das völlige Fehlen einer großen Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, im Landtage als eine politische Gefahr, aber was machen sich die Junker daraus, ob der Staat in Gefahr ist, wenn sie sich nur vor der Hand noch wohl fühlen.

Die nächste „Reform“ wurde im Jahre 1903 vorgenommen. Sie führte zu dem Ergebnis, daß den Junkern die durch die Mißwirtschaft Steuerreform gesunkene Grund- und Gebäudesteuer als wirklich gezahlt weiter angerechnet wurde. Freisinnige Anträge auf Einführung des Reichs-

Wahl Jahre waren seitdem verfließen. Seit acht Jahren blieb alles, wie es war, und obgleich jedermann auf dem Lande daran gewöhnt war, so gab doch dies Unvollendete der ganzen Wohnung den entrüstenden Ausdruck eines Menschen, den nichts mehr bekümmert, und der sich bei allem fragt: „Wozu auch?“ Selbst der Garten, welcher hinter dem Hause am Ende des mit Raß begünstigten Nordbors einen Vorhang von wallendem Grün ausbreitete, bestand sich in einem völlig verwahrlosten Zustande. Das Gras wuchs in den Gängen, und breite Schwammpflanzen bedeckten das Pflaster, dessen Wasserstrahl nicht mehr sprudelte.

Personen und Sachen ähnelten hier einander. Von Frau Ribals an, welche nach acht Jahren noch das Trauerkleid um ihre Tochter trug, ohne es auch nur durch eine weiße Haube auszuhehlen, bis zur kleinen Gäckle, die auf ihrem Kindergesicht einen für ihr Alter überraschenden Ausdruck von Ernst und Schwermut hatte, und bis zur alten Magd hinunter, die bei diesen braven Leuten seit dreißig Jahren diente und einen Teil von ihrem Unglück mittrug, lebte jedermann mit derselben Gedrücktheit, demselben in Schweigen begrabenem Schmerzgefühl.

Nur der Doktor entwickelte dem allgemeinen Einfluß. Seine beständigen Fahrten in freier Luft, die Beschreibungen des Weges, vielleicht auch die Philosophie eines Menschen, der häufig sterben sieht, hatten die natürlichen Stimmungen eines ganz nach außen gerichteten, sehr beweglichen und zur Seltsamkeit geklärten Temperaments sich voll entfalten lassen.

Während für Frau Ribals die beständige Gegenwart der kleinen Gäckle durch die Neugierde welche sie schon in den Tagen des Kindes mit denen der Mutter vorgezeichnet sah, eine fortwährende Erneuerung ihres Schmerzes war, fand der Doktor im Gegenteil seine gute Laune um so höher wieder, je mehr ihm die Entfaltung im Heranwachsen nach und nach die verlorenen Tochter ersetzte. Wenn er den ganzen Tag unterwegs gewesen und sich dann nach Hause, während seine Frau durch irgend eine häusliche Sorge beschäftigt war, mit dem Kinde ganz allein befand, dann hatte er Annahmungen von Gitterwerk und Jugendfrische und stimmte aus voller Kehle alle Seemannslieder an, welche plötzlich vor dem stillen Vorwurf verstumten, den ihm Frau Ribals beim Eintreten machte, vor diesem Blick, der ein „Erinnere Dich“ zu sprechen schien, gleich ob auch er ein wenig Schuld gehabt hätte dem großen Unglück, das sie betrafen.

Diese einfache Wohnung zur Trägheit genügte, um ihn bestürzt und kumm zu machen; und er verbarste schweigend, während er mit den Gassengassen der Enkelin spielte.

Jack.

Roman von Alphons Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

45] (Nachdruck verboten.)

Wie erstaunt würde Ida von Varanch vor einem Jahre gewesen sein, wenn ihr jemand gesagt hätte, daß sie eines Tages unter dem Namen einer Gräfin d'Argenton auf dem Chor einer Dorfkirche sitzen und durch ihre ehrwürdige Haltung, durch ihre auf das Buch gefenkten Augen das Ansehen, die Wichtigkeit, den Zauber einer verheirateten Frau haben würde.

Diese ihr neue Rolle ergötzte sie. Sie überwachte Jack, drehte die Blätter ihres Rechenbuchs andächtig um und netzte sich mit höchst erbaulichem Mäuschen ihres Kleides nieder.

Für das Opferensammeln wählte der mit seiner Gellebarde bewaffnete Fürsther der kleinen Jack und beugte sich zum Ohr der Mutter hinab, um sie zu fragen, welche Mädchen er auszusuchen sollte, um den Almosenbeutel zu halten. Charlotte schwannte einen Augenblick. Sie kannte fast niemanden in dieser kaumtätig gekleideten Versammlung, wo Blumenhüte und Pariser Krinolinen die Leinwandstücke der Werkzeuge verdrängt hatten. Endlich zeigte ihr der Fürsther die Enkelin des Doktor Ribals, ein niedliches Kind, welches auf der anderen Seite des Chores neben einer alten, schwarzgekleideten Dame saß.

Die beiden Kinder gingen hinter der majestätischen Gellebarde her, nach deren Laubbewegung sie ihre kleinen Schritte richteten. Gäckle trug einen Sammelbeutel, der für ihre Fingergerichte viel zu umfangreich war, und Jack eine große Kerze geschmückt mit Atlas, falschen Blumen und weißen Kantillen. Sie waren beide gleich armützig, er in seinem englischen Kostüm, welches ihn noch größer erscheinen ließ, sie ganz einfach, die Haare in Flechten niederfallend, welche ihr Gesicht mit einer glanzlosen Blässe umrahmten, die durch zwei graue Augen von feinem Perlenglanz beleuchtet wurde. Ein angenehmer Geruch von geweihtem Brote und Weibrauchhauch mehte um sie her durch die Kirche, gleichwie der Atem selbst des Sonntags und des reit lösen Festes. Gäckle sammelte artig die Almosen ein und versuchte zu lächeln. Jack war ernst; diese kleine Hand, welche unter ihrem weißen, florettierten Handschuh in der seinen lächelte, machte ihm den rührenden Eindruck eines Vögels, das er im Walde ausgenommen, und das nach warm von dem Laub des Nestes und weich wie er. Fühlte er etwa schon, daß alle seine Hand seine Freundin sein werde, und daß ihm später dieses Gute in seinem Leben von dort kommen sollte.

Sie gingen zwischen den Ständen hin und her.

„Das ist ein hübsches Paar“, sagte die Frau des Waldhüters, als sie beide vorbeigehen sah; und dann, als wolle sie nicht gehört werden, setzte sie leiser hinzu: „Arme Kleine! Sie wird noch hübscher werden als ihre Mutter. Möchte ihr nur nicht das gleiche Unglück zustoh.“

Als das Almosen sammeln beendet war, lehrte Jack auf seinen Platz zurück. Noch immer wählte er, den mittelstamen Reiz der kleinen, so leicht gehaltenen Hand zu spüren. Aber sein Glück sollte damit nicht zu Ende sein. Beim Ausgange, in dem Gedränge des kleinen Raumes, wo die Helme der Spritzenmänner, die Flinten der Waldhüter unter den buntschneidigen Kolletten in der Sonne funkelten, näherte Frau Ribals sich der Frau d'Argenton und bat um die Erlaubnis, Jack zum Frühstück mitnehmen und den ganzen Nachmittag bei sich behalten zu dürfen, damit er mit seiner Almosenmutter spiele. Charlotte erwiderte vor Freude, hand die Frau d'Argenton fester, hauchte seine schönen Haare auf und umarmte ihn:

„Sei hübsch artig!“

Und die beiden kleinen gingen in gleich feierlichem Schritt, wie beim Almosen sammeln mit einander vor der Großmutter her, die ihnen nur mühsam folgen konnte.

Von diesem Tage an blieb es, wenn Jack nicht zu Hause war, und man fragte: „Wo ist er?“ nicht mehr: „Er ist im Walde“, sondern man konnte mit Sicherheit antworten: „Er ist bei den Ribals.“

Der Arzt bewohnte ganz am Ende des Dorfes, gerade auf der entgegengesetzten Seite des Erlenhäuschens, ein einstöckiges Gebäude, welches denen der Landleute fast völlig gleich und nur durch eine Kupferplatte und einen neben der Tür befindlichen Knopf mit der Inschrift „Nachtlade“ vor seiner Umgebung ausgezeichnet war. Es erschien altertümlich, hatte geschwätzte Mauern und dicke Fensterläden; aber einige unvollendete Verzierungen aus neuerer Zeit bekundeten, daß man ehemals die gute Absicht gehabt, es zu verjüngen, und daß ein rühmlicher Unglücksfall es mitten in seiner Fülle unterbrochen hatte. So wartete über der Eingangstür ein Feldbach von Zinl vergeblich auf die Glasbedeckung und breitete über die Säulen der Klingelnden den Kranz seiner leeren Einfassung. Ebenso hatte man rechts von dem kleinen, mit Blumen bepflanzten Hofe einen Pavillon zu bauen begonnen, mit dem man plötzlich oberhalb des Erdgeschosses innehalten, wo die Fenster und Türen nun vierreihige Böcher bildeten.

Das „Unglück“ dieser armen Leute war ihnen gerade im Augenblicke ihrer Ausbelebungen zugefallen, und aus einem Überflusse, den alle Stenden begreifen werden, waren die Arretien unterbrochen und schließlich ganz unterlassen worden.

(Fortsetzung folgt.)

tagswahlrecht oder doch wenigstens der geheimen Abstimmung wurden wieder abgelehnt.

Im Jahre 1906 wurde dann erneut „reformiert“ und zwar aus Angst vor den Sozialdemokraten, die 1903 das preussische Wahlrecht bereits gehörig lächerlich und lästig zu machen verstanden hatten. Man befürchtete, in manchen besonders großen Wahlkreisen könnte es der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen gelingen, gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen, eine Wahl unmöglich zu machen, weshalb man durch Teilung der größten Wahlkreise die Zahl der Abgeordneten um zehn vermehrte.

Die neuesten Ereignisse im Kampfe um ein freies Breitenwahlrecht sind bekannt. Aus den Erklärungen des Fürsten Bülow im Abgeordnetenhaus zieht der Verfasser des Buches den Schluss: „Also entweder kommt überhaupt nichts, oder wenn etwas kommt, ist es so erbärmlich wenig, daß Schafsgeduld und Hundebumt dazu gehören, um darauf ruhig zu warten. Nachdem Reiterung und Parlament gleichmäßig versagt, habe nun das Volk zu sprechen.“

Das Volk wird sprechen, es hat vielmehr schon gesprochen. Der Sozialdemokratie aber fällt die Aufgabe zu, die Stimme des Volkes immer lauter erklingen zu lassen, bis sie wirklich Gehör findet. Sorgen wir alle, daß dies möglichst rasch geschieht.

Politische Ueberblick.

Volksvorstellungen auf Befehl Wilhelm II.

Vor etwa einem Jahre verhandelte die Berliner „Freie Volksbühne“, der große Theater- und Kunstverein der Berliner organisierten Arbeiterschaft, mit der Intendantur der Berliner königlichen Theater wegen mißweiser Ueberlassung des Neuen königlichen Operntheaters zu den Sonntagmittagsvorstellungen des Vereins. Die Verhandlungen nahmen anfangs einen günstigen Verlauf, bis sie plötzlich an einem geheimnisvollen dunklen Punkt anlangten und sich zerlegten. Am letzten Sonntag aber wurde die Welt durch folgenden Theaterzettel überrascht:

Neues kgl. Operntheater.

Auf allerhöchsten Befehl:

Erste Vorstellung für die Berliner Arbeiterschaft.

„Prinz Friedrich von Homburg“.

Die „Zentralkasse für Volkswohlfahrt“, ein höfischer Verein, dessen Vorstand zahlreiche Ministerfrauen angehören, hatte die Sache in die Hand genommen und mit Hilfe von Kriegervereinen u. s. w. die Billets à 50 Pfg. „unter Volk“ gebracht. Die kaiserliche Familie und andere Fürstlichkeiten hatten ihr Erscheinen zugesagt. Die übrige Gesellschaft wird vom Hofberichterfasser der Scherzpresse naselkämpfend also geschildert:

Siehere Leute aus dem Volk, die Männer im sonntäglichen Bratenrod, die Mädchen und Frauen in bunten, hellen, karierten Röcken und Hülsen aller denkbaren Stoffe... Es war ein bemerkenswerter Moment: dort oben der glänzende Hof und unten die Leute aus dem Volk... Der Beginn des dritten Aktes muiete fast wie eine Salavorstellung an. Herr von Hülsen klopfte dreimal auf mit einem Stabe. Und wieder wußte das Volk, daß es sich jetzt erheben müsse.

Man sieht daraus, wie gut es war, daß die königl. Intendantur den Theaterraum nicht an die „Freie Volksbühne“ verpachtet, die inzwischen viel günstigere Unterkunft gefunden hat, sondern der Untergang der von Sozialdemokraten geleiteten Organisation folgend, den Gedanken einer „Arbeitervorstellung“ in dem ihr eigenen Geiste durchführte. In Vorstellungen der „Freien Volksbühne“ wäre der Hof schwerlich erschienen, auch hätte das Publikum keine Ahnung davon gehabt, daß man sich „erheben müsse“, sobald ein betretter Herr dreimal mit einem Stabe aufschlägt, sondern viel eher hätte es passieren können, daß man in den stürmischen Ruf „Wahlrecht! Wahlrecht!“ ausgebrochen wäre.

Die Fehle gegen das Reichstagswahlrecht

findet neuerdings auch in den Spalten der offiziellen Presse begierige Aufnahme. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ druckt zu ihrem Ende eine Anekdote des „Reichsboten“ ab, die den durch Reichs freche Redensarten hervorgerufenen Sturm in der Mitwochszung des Reichstags folgendermaßen zu einem Argument gegen das Reichstagswahlrecht zu wenden versucht.

Angesichts solcher Vorgänge muß sich doch jeder sagen, daß das Verhalten der Sozialdemokraten die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen völlig ausschließt. Das Reichstagswahlrecht hat dahin geführt, daß eine kleine Gruppe eine terroristische Herrschaft im Reichstage ausübte... Deshalb sind denn unsere Parlamente noch nicht so weit heranzu wie die anderer Staaten? Weil die Gesetzgebung des preussischen Abgeordnetenhauses einen erhebenden Einfluss ausübt... Das Verhalten der Sozialdemokraten ist eine traurige Mahnung an die preussische Regierung, in Sachen des Wahlrechts fest zu bleiben.

Daß die Erklärung Bülows vom 10. Januar, der Fehle gegen das Reichstagswahlrecht neuen Vorstoß leisten würde, war vorausgesehen. Daß sich aber die Regierungspresse schon vierzehn Tage später zum Träger solcher offener Angriffe auf die Reichsverfassung machen würde, war nicht vorausgesehen und übersteigt alle Erwartungen. Die vollenparteiliche Presse, die einer offen wahlrechtsfeindlichen Regierung noch immer Zuhilfenahme leistet, wird darauf freilich nichts anderes zu antworten wissen, als die in weinerlichem Tonfall vorgebrachte Behauptung, daran seien eben die Sozialdemokraten schuld!

Die deutschen Bischöfe wollen nicht weichen sein. Sie wollen von Wien aus einen Druck auf den deutschen Kaiser, der die Bischöfe der Reichskongregation in Wien vom 10. Dezember enthält. In dem Brief sollen die Bischöfe vollkommen auf den Boden der Unmöglichkeit des Papstes gegen den Widerstand. Sie erklären, daß sie mit allem Recht erwarten, daß die Kaiserin in Rom nicht weichen werden, und behaupten, daß die Kaiserin die eine Krone nicht weniger hat, als die Kaiserin die Kaiserin nicht hat. Gegenüber den Bischöfen...

betont das Brixenschreiben, daß die Bildung von Presterber-einen nicht ausgeschlossen wird, mit Ausnahme von rassistischen Kon-gregationen. Die Organisation der katholischen Kirche habe sich durch hundertjährige Bewährtheit, so daß neue Vereine nur zur Abirrung führen könnten.

Was neue führt nur zu Abirrungen und selbst die Gott ge-weihten Prester sind vor dieser Gefahr nicht sicher. Doch es bleibt kein Grund zur Klage vor: weder der Papst noch die Bischöfe werden die Kritik aufhalten.

Dredschwein — eine erlaubte Beleidigung, wenigstens einem Dienstmädchen gegenüber. Die Dienstmagd Anna Rauch suchte vom 1. April 1907 bis zum 24. November bei dem Kaufmann Walefort in Halle in Stellung gewesen und hatte sich aufgeführt. Als sie am letztgenannten Tage eine Brautheirat auf dem Hof warf, wurde sie von ihrem Herrn Dredschwein genannt und verließ wegen der Beleidigung den Dienst. Das Schöffengericht, vor dem das Mädchen wegen unberechtigten Verlassens des Dienstes angeklagt war, sprach die Anklage, die wegen der Beleidigung mit Recht den Dienst sofort verlassen konnte, auf Grund des § 226 des R. G. B. frei. Die Strafkammer kam auf eingelegte Verurteilung des Amtsrichters in der entgegengekehrten Ansicht und verurteilte das Mädchen zu 6 Mt. Geldstrafe. — Wie würden keinem Arbeiter raten, einen Streikbrecher Dredschwein zu nennen.

Notstandsarbeiten. Die Stadtratsordnungsversammlung in Madhura bewilligte am Donnerstag auf Antrag des Magistrats Raths die Vorname von Notstandsarbeiten. Der Magistratsrat war eine Klasse des vor einer Woche hergestellten sozialdemokratischen Antrags, zur Einberufung der Arbeiterklasse Notstandsarbeiten in Madhura zu nehmen. Bei der Beratung dieses Antrags, der dem Magistrat schließlich zur Erwählung übermüht wurde, kam es zu dem besorgten lebhaften Szenen und der Räumung der Tribünen. Bei der Beratung am letzten Donnerstag wurde ein Antrag anderer Art, die Unternehmung zu beschließen, soweit Tarife bestanden, im öffentlichen Interesse, im Interesse der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit, abgelehnt. Darauf wurde der Magistrat beauftragt, die Unternehmung zu veröffentlichen, einen bestimmten Mindestlohn zu zahlen.

Zur Erstwahl in Gumben. Die vereinigten Liberalen (Volkspartei und Freiwirtschaftsvereine) proklamieren den Landwirt Frater auf Klotter Land zum Reichstagskandidaten. Die Kandidatur Krichmayer wurde bisher nur von dem Nationalliberalen Verein im Stadt- und Landkreis Norden angesetzt. — In Gumben muß ein Nachfolger für den verstorbenen Herrenhauspräsidenten, der dem Reichstag anwählte, gewählt werden.

Das Begräbniswesen in städtische Regie zu übernehmen heißt lassen die Stadtordnungs- und Magistrate. Die angenommene Vorlage bedeutet eine wesentliche Vereinfachung des Begräbniswesens, das bisher sehr im arren lag. Ganz besonders hatte das Begräbniswesen um sich geirrt. In Zukunft soll den Beamten die Annahme von Begräbnisarena untergeordnet sein.

Schulärzte und Kinderbeschäftigung. Der Ministerpräsident hat die Mitwirkung der Schulärzte bei Durchführung des Kinderbeschäftigungsgesetzes anordnet. Bei zweifelhaftem Gesundheitszustand eines Kindes soll derselbe zunächst an einer Untersuchung teilnehmen, bevor er in eine Fabrik oder in eine Werkstatt der gewerblichen Arbeit in den gesetzlich hier in Frage kommenden Fällen hineingeführt werden. Ferner sollen die Schulärzte bei keinen Kindern eine Probe, unter Aufsicht der Beschäftigung, an und Dauer, der gewerblich tätigen Kinder vorgelegt werden, damit diese besonders genau auf die Eignung der Arbeit untersucht werden können.

Der kürzlich verstorbenen Erzieher Wilhelm II., Dr. Spitzpeter, hat seine Tagebücher vorfichtshalber verbrannt. Wie die „Post“ weiter meldet, sind nicht nur die Tagebücher, sondern eine ganze Reihe vertraulicher Briefe, die Spitzpeter aus dem Kreise der kaiserlichen Familie im Laufe der Jahre erhalten hat, von ihm der Vernichtung preisgegeben worden. Warum? Weßhalb?

Der behördliche Schutz der Arbeitswilligen wird immer rigorosere. Selbst Wigmore werden mit Gefängnis bestraft. Während des Winterstreiks in Meßerstadt kamen im September vorigen Jahres ein Unternehmer und ein Arbeitswilliger Anschlag vom Bahnhof angetroffen. Ein Streikender rief beim Anblick beider einem Kameraden zu: „Sieh, dort wird ein Bär gefüttert“. Das Schöne dabei hat dieses Wort mit zwei Wochen Gefängnis geahndet, weil es offenbar der Meinung gewesen ist, daß der Herr Streikbrecher in seiner Ehre tief gekränkt worden wäre. Altmäßig werden die Arbeiter lernen müssen, beim Anblick eines Streikbrechers unter allen Umständen den Mund anzuhalten, wenn dazu selbst die kaiserliche „Hilfe“.

Ausland.

Die Marokko-Interpellation in der französischen Kammer. Die Kammer sollte am Montag die Beratung der Interpellation wegen Marokko fort. Reiber (rep. Radikaler) erbot gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie die durch die Algeriasache bestimmten Reformen nicht den Verhältnissen in Marokko angepaßt habe, wo man zu sehr nach europäischem Muster vorgegangen sei. Redner ermahnt die Regierung, bei der auf der Algeriasache beruhenden Politik zu verbleiben, aber die Methode zu ändern und den amikanischen Irrtum zu beseitigen. Deschanel (Republikaner) sprach seine Beifriedigung aus über die Annäherung zwischen England und Rußland, und bedauert, daß die durch Marokko entstandenen Schwierigkeiten sich nicht vermeiden ließen. Wenn man auch nicht an die mit der Algeriasache in Widerspruch stehende Erwerbungspolitik denke, so sei es doch unmöglich, den Schutz der französischen Staatsangehörigen durch die Truppen auszugeben, was als ein Zeichen der Schwäche gelten würde. Redner beschwor die neutrale Haltung gegenüber den inneren Kämpfen in Marokko. Frankreich sei der Randstar Europas und müsse für die Sicherheit in Algerien und für die eigene Würde Gewähr leisten. (Beifall.) — Der Minister des Auswärtigen, Pichon, beabsichtigt, in der Debatte über Marokko das Wort erst zu ergreifen, nachdem alle eingeschriebenen Redner gesprochen haben. Pichon wird alle in der Kammer eingebrachten Bemerkungen durch einen Gesamtbericht beantworten und, nachdem er die marokkanische Frage ausgiebig behandelt hat, wird er mit einigen allgemeinen Bemerkungen auf die äußere Politik des Kabinetts eingehen, ohne jedoch in irgend einer Weise der Vorgänge von 1905 Erwähnung zu tun.

Die Dichterin, die man in manchen deutschen Blättern den Erklärungen Decaffes beizugeht, veranlaßt die Pariser Blätter, nochmals auf sie zurückzukommen.

„Gedächtnis“ will in der Lage sein, folgende Enthüllung zu machen: Nach Coleajo, als Englands Herr von den Briten gelagert war, regte Rußland bei uns einen gemeinen Namen vor sich an. Es wollte nach Indien ziehen. Eine deutsche Truppenabteilung hätte dem Russen Kaiser Wilhelm die Wohnung gesichert. Decaffes verwarf groß dieses ihm angebotene hülfliche und leichte Mittel, die französische Marokkogröße zu beseitigen und bis zum atlantischen Ozean herabzubringen. Noch mehr: er verführte England und rühmte sich, den Plan zum Scheitern gebracht zu haben. England dankte ihm und ludte ihn aus. „Kurz“ veröffentlicht Briefe eines französischen Staatsmannes, der während der kritischen Junizage 1905 in Kiel und mit den dortigen leitenden Persönlichkeiten in täglicher Berührung war. Am 23. Juni schreibt er: Könnten doch unsere Staatsmänner, von denen Frieden und Krieg abhängt, sehen, welche Seelenruhe hier herrscht. Köst die Kriegsaus-

sicht sie so kühl, dann beweist dies ein Sicherheitsgefühl, das mich erheben macht. Führt der Eigennut einer unnochiebigen Politik uns zum Kriege, dann wird die Verantwortlichkeit beruhen, die uns dahin bringen, furchtbar sein.

Im letzten Schrei der „Hagard“: Man kassierte Decaffes, nicht um freiwilligen Verfall, sondern anderen zum Verger. Sollte die Marokko-Erklärung einen Rückwärtschritt herbeiführen, so würde das Programm der nachfolgenden Minister den Gedanken Decaffes, die das ganze Parlament als gefährlich verworfen hat, schnurstracks entgegengesetzt sein.

Aus der Lässigkeit der sozialdemokratischen Duma-Fraktion. Die Fraktion bereitet eine Interpellation vor über die Verfolgungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaftspresse. Desgleichen soll eine Interpellation über die gewerbliche Handlungsweise der Administration während des Kasnarbeiterstreiks in Noworossisk in die Duma eingebracht werden.

Von Gesetzesvorlagen bereitet die Fraktion einen Entwurf über Vereins- und Streikfreiheit vor und einen anderen über die Organisation der staatlichen Unterstützung Arbeitsloser.

Da die Fraktion nicht über eine genügende Stimmenanzahl verfügt um selbständige Anträge zu stellen, so sollen gemeinschaftliche Sitzungen mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe (Trudowik) veranstaltet werden, um diesbezügliche Vereinbarungen mit ihnen zu treffen.

Genosse Surlow, der dieser Lage aus der Provinz zurückkehrte, erstattete der Fraktion Bericht über die Ergebnisse seines Aufenthaltes im Kreise seiner Wähler im Gouvernement Kostroma. Als die Arbeiter des Fabrikwerkes Sereba von der Ankunft ihres Dumaabgeordneten erfuhr, ersuchten sie ihn, von der Tätigkeit der Duma zu berichten. Es versammelten sich etwa 200 Arbeiter, worauf die Fabrikadministration die Polizei in Kenntnis setzte. Die Arbeiter wurden verwundet, die übrigen schickten. Der Abgeordnete selbst rettete sich durch die Flucht, und mußte sich eine ganze Nacht in einem Schneehaufen verstecken. Am folgenden Morgen wurde er auf der Bahnstation verhaftet und nur nach Feststellung seiner Person auf freien Fuß gesetzt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Nach Melbourne, die aus Lissabon hier eingetroffen sind, hat Ministerpräsident Franco Lissabon nach verlassen, weil es sich bestätigte, daß republikanische Verschwörer sich seiner Person bemächtigen wollten. — Der Ausbruch einer Krise im Schiffsbau auf den Werften in Nordosten Englands wird befürchtet. Die Schließung sämtlicher Werften steht nahe bevor.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Januar.

* Klara Zettin, die beliebte Veteranin der sozialdemokratischen Frauenbewegung, wird am Sonntag und Dienstag der kommenden Woche zwei Versammlungen in Breslau abhalten. Am Sonntag, den 2. Februar, abends 6 1/2 Uhr, wird sie für die politische Organisation im Gewerkschaftshause über den Kampf ums Wahlrecht in Preußen sprechen, und am Dienstag in einer öffentlichen Frauenversammlung, deren Tagungsort noch bekannt gegeben werden soll. Zu beiden Versammlungen haben Frauen und Männer Zutritt.

* Das Problem des norddeutschen Reichstages lautet das Thema des fünften Vortrages aus dem Kursus über Parteigeschichte, den Genosse Dr. Maurenbrecher heute Abend im Gewerkschaftshause halten wird.

* Die Straße gehört dem Verkehr, betonte Wilow erst vor einigen Tagen mit großer Entschiedenheit im Reichstage. Bei den imperialistisch-royalistischen Straßendemonstrationen, die gestern und auch bereits am Sonntag Abend stattfanden, sind hier in Breslau die Ansichten Bülows wieder außer Kurs gesetzt worden. Aus Anlaß der gestrigen Parade waren nicht nur der Palastplatz, sondern auch die anstoßende Promenade und einige benachbarte Straßen teilweise abgesperrt. Auch sonst war die Polizei bemüht, den durch die Straßen marschierenden Soldaten und Kriegervereinen Platz zu verschaffen. Dasselbe war auch bereits am Sonntag beim Zapfenstecher der Fall. Der Verkehr, wie Wilow ihn versteht, war durch diese Veranstaltungen stellenweise sehr erheblich gestört und nicht selten waren Stimmen des Mißmuts aus dem Publikum zu vernehmen. Wir indes haben keinerlei Mißmut empfunden. Im Gegenteil, es hat uns sehr gefreut, daß die Breslauer Bevölkerung in je kurzen Zwischenräumen einmal sehen konnte, wie wenig doch durch demonstrierende Volksmassen der Verkehr gestört wird im Vergleich zu Straßendemonstrationen anderer Leute. Uebrigens verdient auch darauf hingewiesen zu werden, daß an der Promenade am Palastplatz das liebe Publikum in ziemlichem Umfange die Drähte am Geländer des Stadtgrabens zerrissen hat, während bei unseren Wahrechtsdemonstrationen auch nicht für fünf Pfennige Schaden entstanden ist.

Am wohlsten fühlte sich übrigens gestern die „Schleifische Zeitung“. In ihrem Bericht heißt es: Hauptächlich konzentrierten sich die Menschenmassen auf der Schweidnitzerstraße und auf dem Ringe, wo ihnen auch ein musikalischer Genuß geboten wurde. Dem vom Rathausurm schmetterte von 12 bis 1 Uhr ein Bläserchor patriotische Weisen in die frische Luft, deren Klänge vom Winde weit über die Stadt getrieben wurden. Ja, das war etwas ganz anderes, als am 14. Januar, als die Schweidnitzerstraße von Russen wie „Nieder die Junkerherrschaft“, „Nieder mit dem Kaiserthum“ erdröhnte. Dasselbe Blatt will übrigens bemerkt haben, daß die Mehrzahl der Privathäuser „Flaggenstummel angelegt“ hatten. Unser Weg führte uns gestern nach Gräbchen. Da sahen wir auf der Gostelstraße eine Fahne (Herberge zur Heimat), Friedrichstraße, soweit das Auge reichte, keine; Doulfienstraße keine; Stenstraße eine (Kinderheim); Reichstraße eine (Birgerklub); Dowlstraße keine; Hochstraße eine; Brandenburgerstraße, Altklosterstraße, Kriegerstraße, soweit man blicken konnte, keine. Die Gräbchenstraße zeigte an ein paar hundert Häusern etwa acht Fahnen und eine Fahnenstange, mit der sich ein parlamentarischer Genuß begnügte, der keine Flagge dem Regen anscheinend nicht aussetzen wollte. Dafür stand Abends ein Glaser Holz vor seiner Laubentür, um zu sehen, ob die Leute auf seine „Schaukasten-Illumination“ achteten. Die Leute hatten aber anderes zu tun: es regnete kräftig, und so gingen sie lieber heim. Wenn also der Schleifische Zeitungsmann die Weib-

der Häuser gestagt gesehen haben will, dann muß er seine Nase nur zum Fenster herausgesteckt und die nachbarlichen Hofhöfen gesehen haben. Denn die Vorstände zeigten alle das selbe Bild.

Auf den Straßen, die dem Verkehr gehören, sah man gestern auch Tüchchen von elektrischen Wagen und ein halbes Hundert Kesselpfeifen, die wegen der Absperrungen nicht weiter konnten. Dieses Dinge, die bei keiner Straßendemonstration der Sozialdemokratie passieren.

*** Zwei Dachdecker abgestürzt.** Ein furchtbares Baumglück ereignete sich in den gestrigen Vormittagsstunden auf dem Brückner'schen Neubau an der Berliner Chaussee. Als die beiden Dachdecker Karbe und Hansbach das Gerüst, welches über dem Treppenhause angebracht war, betraten, um nach der Dachlücke zu gelangen, brach das Gerüst zusammen und die beiden Arbeiter fielen durch mehrere Stockwerke hindurch, auf die eisernen Träger und Wangen, mit dem Körper aufschlagend, in die Tiefe. Schwer verletzt blieben sie hier liegen. In wahnsinnigem Schmerz sich in den Erdboden einwühlend, fortwährend laut schreiend, mußten die Verletzten noch 18 Minuten warten, ehe die in Hilfe gerufenen Feuerwehr erschienen. Ein Schuttmann war nicht zu finden, wahrscheinlich waren alle verfügbaren Kräfte zum Absperren der Straße bei der Parade kommandiert.

Die durch die Bauarbeiter-Schutzkommission sofort vorgenommene Untersuchung ergab folgendes: Wie immer wird das Treppenhause von Stockwerk zu Stockwerk nicht abgedeckt. Die Dachlücken liegen gewöhnlich über dem Treppenhause. Um dahin zu gelangen, werden meist in leichtsinniger Weise ein paar Bretter übergelegt, darauf kommen ein paar Bretter und das Gerüst ist fertig. Kontrolliert mindest ein Mal in der Woche werden derartige Gerüste überhaupt nicht! Bei vorliegendem Falle war eine einzelne Strecke quer über nur an einem Ende aufhängend, darüber einige Bretter. Das nun Hansbach die Leiter aufstellen wollte, kippte das Gerüst um und das Unglück war geschehen!

Bemerkenswert ist der Ausruf eines Bauhelfers, welcher später auf die Unglücksstelle kam: „Ja, aber wie können die Leute auf so ein Gerüst gehen!“

Dieser traurige Vorfall läßt wiederum die Forderung nach erhöhter Bauarbeiterschutz recht dringend erscheinen und die Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen würde manches Unglück verhüten helfen.

*** Aus dem Kürschnergewerbe.** Der Kürschnermeister W. D. in der Matthei'schen Straße, der im Belmann'schen Geschäft von Weise (Matthias) Nachf. tätig war, ist ohne Kündigung entlassen worden; er erhebt deshalb einen Lohnanspruch in Höhe von 98 Mark. Der Belmann hält die Entlassung für gerechtfertigt und erhebt Widerklage, weil W. D. unredlich gehandelt haben soll. Der Sachverhalt ist folgender: Die Firma hatte dem Kläger 17 Felle zur Bearbeitung übergeben, mit denen er Kleidungsstücke befehlen sollte. Er soll aber nicht 17, sondern nur 15 1/2 Felle gebraucht und den Rest für sich verwendet haben. Ferner wird er beschuldigt, 5 Seitenstücke von Fellen einer Mitarbeiterin gestohlen zu haben, ohne hierzu eine Erlaubnis zu besitzen. Den Wert eines Felles schätzt die Firma auf 15 Mark. Der Kläger räumt ein, einer Arbeiterin auf deren Bitte 5 Seitenstücke gegeben zu haben, er wundert sich aber sehr, daß damit so viel Aufsehen gemacht wird; die Seitenstücke seien Abfälle, die zu nichts zu verwenden seien; das Mädchen braucht sie allenfalls zum Kliden. Für das Geschäft seien sie völlig wertlos. Der Beklagte behauptet dagegen, daß die Seitenstücke durchaus nicht zu wertlos sind wie der Kläger angeben. Ein Seitenstück mache den vierten Teil eines Felles aus. Seine Pflicht wäre es gewesen, die Stücke abzuliefern und nicht zu verschleppen. Da die Parteien sich nicht einigen konnten, wurde beschloffen, den Kürschnermeister W. D. als Sachverständigen zu vernehmen.

*** Achtung, Töpfer!** Die Kollegen werden ersucht in Bezug auf Tarif-Angelegenheiten sich sofort an den Kollegen Paul Fischer, Koblentzstraße 28, zu wenden.

*** Stadt-Theater.** Mittwoch geht Bizets beliebte Oper „Carmen“ in Szene. Nachmittags wird als Schiller-Vorstellung für Volkskinder Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ aufgeführt. (Anfang 3 Uhr.) — Für Donnerstag ist eine Wiederholung von „Lorzing“ mit so großem Beifall ausgenommener Oper „Der Wildschütz“ angelegt. — Freitag gelangt Gounods Oper „Margarite“ zum 1. Male in dieser Spielzeit zur Darstellung. — Sonnabend findet eine Wiederholung von d'Alberts Oper „Tiefeland“ statt.

*** Schauspielhaus.** Vielen an die Direktion gerichteten Wünschen entsprechend wird am 1. Februar, Nachmittags 3 Uhr eine Aufführung des glänzend ausgestatteten Schiller'schen Dramas „Demetrius“ in der Premierenbesetzung zu außergewöhnlich ermäßigten Preisen stattfinden. Die gesamten Parkett- und 1. Rangplätze werden, nach dem Muster des Berliner Schiller-Theaters, zum Preise von 1 Mark abgegeben, Logenplätze sind auf 1.50 Mark normiert, während für den 2. Rang 50 und 25 Pf. festgesetzt sind. Willbestellungen für diese Vorstellung werden ohne Vorbestellgebühr schriftlich entgegengenommen. Als nächste Operetten-Vorstellung erscheint „Der Prinz von Paris“, welcher die Abenteuer des Dreiflügeligen Manolesko zu Grunde liegen. Das Werk gelangt nach Dresden in Berlin, Leipzig, Dresden, München u. zur Aufführung.

*** Gumboldt-Verein für Volksbildung.** Der Franz Liszt-Abend, der am Sonntag, den 2. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Gesellschaftssaale der Freunde stattfindet, wird volkstümlich und allgemein verständlich gehalten sein. Es werden unter anderem melodienreiche Werke des Komponisten auf zwei Klavieren zum Vortrag kommen, wozu sich Frau Dr. Ephraim und Herr August Pollak vereint haben. Eintrittskarten zu 30 Pf. sind für jedermann bei Herrn Preuß u. Jünger, Ring 52, und Lindau u. Winterfeld, Neue Schwedendamm 13, zu haben.

*** Ein häßlicher Diebstahl als schwerer Eindrehen.** In den letzten Wochen wurden in der Ohlauer Vorstadt manangeführt die Vorratskeller sehr zahlreicher Restaurateure erbrochen, wobei der Dieb Fleisch, Wurst, Speck, Wein u. a. m. mitnahm. Ein Restaurateur von der Ohlauer Chaussee, bei welchem binnen kurzem viermal hintereinander eingebrochen worden war, verlor schließlich die Geduld und ließ eine elektrische Röntgenvorrichtung von dem Keller nach seinem Laden anbringen. Am 27. d. M. Mittags erlöste das Röntgenbild und sofort wurde der Keller gestürmt. Hier fand man zu allgemeinem Erstaunen den städtischen Wasserkontrollleur, welcher bereits 7 Pfund Speck und zwei Leberwurst in seinem Rock verborgen hatte. In seinem Besitz befanden sich 52 kleine Schlüssel und zwei Sperrschlüssel. Der erlachte Dieb wurde alsbald der Polizei übergeben.

*** Völligwilliger Feuerwehr-Alarm.** Nach längerer Pause ist vergangene Nacht wieder ein Feueralarm auf der Rastowstraße abgegangen worden, ohne daß eine Brandgefahr vorlag.

*** Brand.** Am 27. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehr nach der Großen Grolschengasse gerufen, weil daselbst auf der Straße eine Rinde gebrannt hatte.

*** Gefunden** wurden eine silberne Remontuhr mit Goldrand, ein goldenes Armband, ein schwarzer Regenschirm mit buntem Kante, ein schwarzes Damenjackett, eine braune Perdedede und ein Messer mit silbernem Griff.

*** Diebstähle.** Einem Wäcker von der Hudenstraße wurden aus der Schlafkammer ein grauer Winterüberzieher, ein schwarzer Fackeltanz und ein grauer Handteller gestohlen. — Einem Vorarbeiter von der Rosspothstraße wurden aus dem Taubenschlage vier Tauben entführt.

*** Abhanden kamen eine goldene, royale Damenuhrkette, ein Zwanngarnschlüssel, eine silberne Remontuhr, gez. N. N., und ein Portemonnaie mit 25 M.**

Aus Schlesien und Posen.

Ein splendor Wächterposten.

Was man doch alles erleben muß. Im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte findet sich kein Mensch mehr gerecht. Aktionäre und Großgrundbesitzer strecken für ihr Nichtstun Tausende von Mark in die Taschen, arme Teufel, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, müssen sich — weil sie in der Wahl ihrer Eltern nicht vorfindlich genug gewesen sind — für einen Hungerlohn mühsam durchs Leben schleppen. Im Kreise Strehlen wird ein Wächter gesucht, der einen fetten Lohn erhalten soll. Man höre nur:

- Mietlohn 4.— M.
- Barlohn 200 und 60 M. 260.—
- Erntelohn 3.—
- Ruchengeld an 4 Fellen à 220 M. 880.—
- Jährlich 80 Zentner Kartoffeln oder 15.—
- Wöchentlich 20 Pfund Brot, pro Jahr 125.—
- Freie Wohnung,
- Freie Beheizung (1 Ztr. Kohle und 25 Pfund Holz pro Woche),
- Freier Arzt und Apotheke,
- Erlaubnis 1 Schwein zu halten,
- Wohnkosten für Weibende 9 M.
- Fahrtzulage steigend 1 Taler.

Wie lange der arme Wächter arbeiten muß, ist uns nicht bekannt, aber unter 10, 12 Stunden wird es wohl nicht sein. Wenn er sich gut führt, bekommt er jedes Jahr die vorerwähnte Zulage von 3 M. Das macht pro Tag etwa 2/3 Pf. Zulage. Und dabei kann er sich noch freuen, daß er überhaupt etwas verdient. Wer mag nun wohl der Glückliche in der Stellenlotterie werden?

Stabelwitz, 28. Januar. Einen gelungenen Bilder-Abend veranstalteten die Genossen von Stabelwitz am vorigen Sonntag. Der Saal des Herrn Weiser, „Zum deutschen Kaiser“, war bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Freundschaftliche der Hinterschar zeigte, daß ihnen die Buchhändler „Max und Moritz“ in Wort und Bild viel Spaß und Vergnügen bereitet. Aber auch den Erwachsenen wurde etwas geboten, und der Vortragsabend „Genosse Schramm in Breslau, verhandelt es, durch Erläuterung einiger erster Bilder: Porträts von Führern u., sowie durch die Serie: „Entwicklung des Friedensbundes“, auch das Interesse der ersten Naturen zu gewinnen. Alles in allem, ein gelungenen Abend. Obwohl die Patrioten, welche am selben Abend in Kissa patriotische Lichtbilder veranstalteten, auch so gutredend nachhause gingen?

Strehlen, 28. Januar. Ein „patriotischer“ Wahlverein wurde dieser Tage hier gegründet. Der Landrat von Posen und mehrere Landtags- und Reichstagsabgeordnete sind dem famolen Verein beitreten. Jetzt will er zunächst neue Mitglieder anwerben. Wie er das macht, ist hinreichend bekannt. Das der patriotische Verein seine Haupttätigkeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt, dürfte unseren Lesern Veranlassung sein, sich nicht fördern zu lassen.

Glogau, 28. Januar. Schwer verletzt. Die Arbeiterfrau Brodhard aus Pöbern wurde auf der Chaussee schwer verletzt von einem Fuhrwerk angefahren. Die Verletzungen befanden sich am Kopfe. Die Frau war nicht mehr ganz bei Bewußtsein, stammelte aber, sie wäre auf einem Wagen mitgeführt und herumgetragen oder herumgeschleift worden. Sie starb auf dem Transport nach Hause. Der Fuhrmann konnte nicht genau verstehen, ob sie sagte, sie wäre herumgefallen oder herumgeschleift worden. Bisher konnte auch noch nicht aufgeklärt werden, auf welche Ursachen der Unfall der Frau zurückzuführen ist. Die Staatsanwaltschaft wird die Untersuchung einleiten.

Görlitz, den 27. Januar. Niedergebrannte Fabrik. Die Reis- und Schulfestfabrik Herrweg u. Comp. in Leischnitz, G. m. b. H., ist samt dem großen Laderlager total niedergebrannt.

W. Gleiwitz, 27. Januar. Von der Eisenbahn-Verwaltung und ihren Magnaten! Die Unternehmer sowohl als die Behörden wissen täglich nicht genug über Terrorismus der Arbeiter zu berichten, wenn diese von dem gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht irgendwie Gebrauch machen. Wie sieht es aber nun auf jener Seite aus? Von der preussischen Eisenbahnverwaltung ist man ja in dieser Hinsicht schon etwas gewöhnt, wir erinnern da nur an den bekannten Ullas an die Bahnspediteure, den deutschen Transportarbeiterverband betreffend. Das neueste Stückchen der Eisenbahnverwaltung übertrifft aber wohl alles bis jetzt Dagewesene. In der Schlofferlei der Eisenbahnwerkstätte Gleiwitz kam und kommt es öfter vor, daß dringlicher Arbeiter wegen Ueberstunden gemacht werden mußten. Diese wurden bisher stets nach den üblichen Lohnsätzen vergütet. Nun wurde dieser Tage plötzlich durch Aufschlag, unterzeichnet vom Werkmeister Nieber, bekannt gemacht, daß Ueberstunden nicht mehr bezahlt werden, und daß jeder Arbeiter verpflichtet sei, erforderlichenfalls bis zu zwei Stunden täglich länger zu arbeiten, ohne hierfür eine Entschädigung zu erhalten! Ja, damit noch nicht genug. Diefem Erlaß wurde auch rückwirkende Kraft zugemessen. Alle Ueberstunden der Arbeiter, die in dem vergangenen Jahr 1907 zur Auszahlung gelangten, müssen die Arbeiter wieder zurückzahlen, resp. werden ihnen nun bei den Lohnzahlungen abgezogen! Wer sich dies nicht gefallen lassen will, nun, der fliegt eben hinaus. Gestiegen sind schon zwei Schloffer; dem einen zog man ab, vielmehr wollte man abziehen 15.66 Mark. Da der arme Teufel aber nur 14 Mark Löhne zu erhalten hatte, wurde ihm erklärt, daß die restierenden 1.66 Mark auf andere Weise ausgeglichen würden. Jedenfalls soll er jetzt noch vom Eisenbahnsiskus um diesen Betrag verklagt werden!

Bei diesen ungesetzlichen Abzügen handelt es sich um Beträge bis zu 50 Mark. Dabei bewegen sich die Schlofferlöhne in der schwindelnden Höhe von 2.80 bis 8 Mark bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit. Wie kommt nun die Eisenbahnverwaltung zu solch ungeheuerlichen Maßnahmen? Beabsichtigt man vielleicht auf diese einfache Weise einen Fonds zu gründen, um über die drohende wirtschaftliche Depression hinwegzukommen? Oder sollen für diese Arbeitergestohlen vielleicht ein paar Panzerschiffe auf Stapel gelegt, oder eine Luftkriegsflotte gebaut werden? — Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt! heißt es im Erlaß. Vielleicht sollen auf „diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ die Arbeiter der Staatswerkstätten gezwungen werden, die Pläne des Flottenvereins zu unterstützen. Den Arbeitern aber raten wir, sich diese Verwegung nicht ruhig gefallen zu lassen, sondern zu klagen. Dringend raten wir ihnen aber vor allen Dingen, sich ihrer Berufsorganisation, dem deutschen Metallarbeiterverband, anzuschließen. Auch die gegenwärtige Waprechtbewegung gibt ihren Anlaß, sich zu betätigen, untersteht doch die preussische Eisenbahn dem preussischen Landtage, der also für die ungesetzlichen Maßnahmen der ersteren verantwortlich ist.

Bromberg, 27. Januar, 14 Prozent Dividende. beghält die Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger. Wie entnehmen aus dem Bericht folgendes: Die Gesellschaft erzielte für das Geschäftsjahr 1907, trotz ihrer an den ostpreussischen Bauten erlittenen großen Verluste, nach Abschreibung auf Aktienkonto einen Reingewinn von 197,810.74 M. Die Generalversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent an die Aktionäre und einen Vortrag von 28,701.18 Mark auf neue Rechnung. Für das Jahr 1908 hat die Gesellschaft Aufträge von circa 3,000,000 M. schon angenommen und steht die Gesellschaft wegen Uebernahme weiterer Arbeiten noch verhältnismäßig in Unterhandlung, sodaß auch der Gewinn für das neue Jahr auf eine gute Dividende schließen läßt. Um so rücksichtloser geht aber die Firma gegen ihre Arbeiter vor. Wir müssen konstatieren, daß gerade die Firma Julius Berger eine derjenigen ist, bei der ihre Arbeiter sehr oft ihren sauer verdienten Lohn durch das Gewerbegericht erst einlangen müssen. Es wäre wohl sehr zu wünschen, daß eine Firma, die 14 Prozent in die Tasche steckt, ihren Arbeitern in Zukunft nicht solche Schwierigkeiten macht.

Neueste Nachrichten.

Verschmelzung zweier Handlungsgehilfen-Verbände.

Berlin, den 22. Januar. Vertreter des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu Hamburg haben nach einer Meldung der „Hart. Zeitung“ in einer zwangsvollen Zusammenkunft, die am Sonntag in Berlin stattfand, angefaßt die wirtschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Handlungsgehilfen beschlossen, eine gemeinsame Kommission einzusetzen, in der das Endziel obiger Vereinheitlichung beider Verbände besprochen werden soll.

Es wäre in Breslau sehr drohlich, wenn die Herren Klopfer und Wege, die sich noch bei den letzten Kaufmannsgerichtswahlen so unentwegt ausgehopt haben, auf einmal Freund und Bruder sein müßten.

Der Konflikt um Marokko.

(Siehe Ausl.)

Paris, 28. Januar. (S. L. B.) In der französischen Deputiertenkammer wurden die am Freitag abgebrachten Verhandlungen über Frankreichs Politik in Marokko fortgesetzt. — Schon Stunden vor Beginn der Verhandlungen waren Kammer und Tribünen überfüllt. Der Minister des Auswärtigen Pichon betont, die russische Allianz ist ein gemeinsames Werk vieler Mächte. Auch die Entente mit England und die Annäherung an Italien ist mehr durch äußere Umstände, als durch die Gewalt eines einzelnen Willens gefördert worden. Seit 15 Monaten sind wir mit Spanien eng befreundet, ebenso mit Japan und Siam. Und diese Politik hat gute Erfolge gehabt, weil durch sie niemand isoliert wird. Gedenken wollen wir uns dem Weltfrieden nähern. (Beifall.) Als man zur Algerien-Konferenz ging, hatten wir den einmütigen Beifall der Kammer. Jetzt nach der Konferenz Frankreich schwächer geworden? Nein! Nein! Wir haben nichts zu verbergen, was wir wollen tun und heretten und brauchen das Licht nicht zu scheuen. Wir übernehmen die Verantwortung unserer Handlungen vor der Kammer und vor dem Lande. (Lebhafte Beifall.) Hierauf wird die Sitzung geschlossen und die weitere Debatte auf heute vertagt.

Paris, 28. Januar. (S. L. B.) Der starke Beifall, den die gestrige Rede Pichons in der Kammer auslöste, beweist, daß der Augenblickserfolg des ehemaligen Ministers Delcasse mehr einen persönlichen, als politischen Hintergrund hatte. — Delcasse, von einem bestreuten Abgeordneten befragt, antwortete scherzend: Wenn Kaiser Wilhelm nicht befriedigt sein sollte, wäre er wirklich anspruchsvoll. — Die Debatte über Marokko dürfte heute in der Kammer zu Ende geführt werden.

London, 28. Januar. (S. L. B.) Ein Teil der erallichten Presse kommentiert bereits die gestrigen Darlegungen des französischen Ministers Pichon in der Deputiertenkammer. „Standard“ schreibt: Die Zurückziehung französischer Truppen aus Marokko würde für alle dort ansässigen Europäer eine Gefahr bilden; das Ansehen Frankreichs würde in ganz Nordafrika schweren Schaden leiden. Was uns betrifft, so ist es unsere Pflicht, die französischen Kräfte zu unterstützen.

Ausstand der rumänischen Advokaten.

Bukarest, 25. Januar. Gestern Abend tagte ein Kongreß der Advokaten Rumaniens, die mit verschiedenen Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Reorganisation des Amtes der Friedensrichter unzufrieden sind, da sie behaupten, daß sie hierdurch geschädigt seien. Der Kongreß beschloß den allgemeinen Ausstand. Die bedeutendsten Anwälte von Bukarest und Jassy stimmten jedoch gegen den Ausstand. — Jeder Stand hat seine Streikbrecher.

3 Kinder verbrannt.

Königsbütte, 28. Januar. Die auf der Friedrichstraße wohnende Witwe Wiesner ließ gestern Nachmittag gegen 4 Uhr ihre drei Töchterchen, im Alter von einem bis acht Jahren, allein in der Wohnung und hielt sich einige Zeit bei einer Nachbarin auf. Plötzlich hörte man aus der Wohnung Geschrei. Den mit Gewalt eindringenden Einwohnern bot sich ein gräßlicher Anblick dar. Am ganzen Körper verbrannt stand neben der älteren Mädchen, auf der Erde lag die jüngere verbrannte Leiche des jüngsten Kindes, neben demselben das mittelste, bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, das noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach wenigen Minuten aber auch verstarb. Sowohl die verbrannten Leichen, als auch das schwer verbrannte Kind wurden in das Anstaltslazarett geschafft, wo nach zwei Stunden auch das dritte Kind den qualvollen Schmerzen erlag. Als die Mutter die Leichen ihrer Kinder erblickte, brach sie zusammen, wurde aber ins Leben zurückgerufen und mußte ebenfalls in das Krankenhaus geschafft werden. Der Brand ist dadurch entstanden, daß das älteste Kind ein Stück brennendes Papier aus dem Kaminlofen in den Ofen zu werfen versuchte und hierbei die Kleider Feuer fingen. Die Wohnung wurde polizeilich geschlossen.

Petersburg, 28. Januar. (S. L. B.) Es erhalten sich bis Gerüchte von dem Abtritt des Dumapräsidenten Komjalon. In Abgeordnetenkreisen ist der Präsident nicht mehr beliebt. Er soll sich dem Vertreter eines hiesigen Blattes gegenüber schlecht über die Duma ausgesprochen haben.

Omützung.

Für die Hinterbliebenen des verunglückten Genossen Sanisch gingen nach ein
Bereichsamt 674.91 M.
Liste 12 (verloren) 4.65
Liste 14 1.20
Summa 680.06 M.
Die Ervedition.

Verantwortlicher Redakteur: Galtzow. — Redaktion und Expedition: Ros. Brunnstraße 5/6. — Verlag von Oskar Galtzow. — Druck von Th. Schatz. R. u. S. H. — Samstag in Dresden.

GEBR. BARASCH

Mittwoch — Donnerstag — Freitag

3 billige Lebensmittel-Tage 3

Apfelsinen . . . Dtz. **35** h

lebende Karpfen Pfd. **70** h

Fleisch- u. Wurstwaren

Rohwurst Pfund **48** h
 Zwiebelleberwurst . . . Pfund **58** h
 Knoblauchwurst 1. Sorte, Pfund **65** h
 Räucherspeck 1/4 Pfund **22** h
 Räucherspeck, mager . . . 1/4 Pfund **24** h
 Berliner Bratenschmalz 1/4 Pfd. **17** h

Farin Pfund **18** h

Gebrannter Kaffee, flachbohlig, 1/2 Pfund **45** h
 Perl-Kaffee 1/2 Pfund **48** h
 Tee 1/2 Pfund **28** h

Kaiser-Auszugsmehl 5 Pfund **94** h

Neue Pflaumen Pfund **22** h
 Backobst, gemischt, Pfund **26** h
 Neue Ringäpfel Pfund **52** h

Rotweine

St. Estephe Flasche **52** h
 Medoc Cantenac Flasche **72** h
 Medoc Margeaux Flasche **80** h
 Chateau Barose Flasche **95** h

Nur

≡ für **3** Tage ≡

Kalbfleisch 72 h
 Pfund

Kalbskeule Kalbsnierenbraten Kalbsbrust
 Pfund **75** h
 Eisbeine Wellwurst
 Pfund **48** h Blut- u. Leberwurst Stück **9** h

Verkauf nur soweit Vorrat reicht.

Schweizerkäse 1/4 Pfund **22** h
 Olmüßerkäse 10 Stück **10** h
 Barzer Käse 5 Stück **10** h
 Münchener Käse 1/4 Pfund **17** h
 Limburger Käse 1/4 Pfund **14** h

Sprossen 1/2 Pfund **12** h
 Bücklinge Stück **4** h

Bienenhonig, garantiert rein, 1/1 Glas **75** h
 Bienenhonig, garantiert rein, 1/2 Glas **42** h
 Zuckerhonig Glas **42** h

Weissweine

Obermosier Flasche **52** h
 Trarbacher Flasche **70** h
 Niersteiner Flasche **72** h
 Laubenheimer Flasche **80** h

Zitronen Dutzend **35** h

Nordsee-Krabben 1/2 Pfd.-Büchse **33** h
 1 Pfd.-Büchse **58** h

Fisch-Konserven

Bismarckheringe Dose **48** h
 Rollheringe Dose **48** h
 Bratheringe Dose **48** h
 Feringe in Gelée Dose **33** h
 Forelleneringe Dose **52** h
 Anschodis 1/2 Pfund **15** h

Räucherlachs 1/4 Pfd. **28** h

Volks-Cakes 1/4 Pfund **9** h
 Haushalt-Bruch-Schokolade Pfund **88** h
 Haushalt-Schokolade Tafel **15** h

Schneeflocke 5 Pfund **1.00**

Bandnudeln Pfund **26** h
 Kakaochalen Pfund **6** h
 Pflaumenmus Pfund **20** h

Südweine

Ungarweine, herb und süß, 1/2 Bitter-Flasche **58** h
 Ungarweine 1/4 Bitter-Flasche **98** h
 Portwein 1/4 Bitter-Flasche **98** h
 Malaga 1/4 Bitter-Flasche **1.28**

Schaumweine: Carte d'or Flasche **1.75** — Cabinet Flasche **1.90** — Viktoria Flasche **2.60**

Unsere Lebensmittel-Abteilung steht unter werktäglicher Kontrolle des Nahrungsmittel-Chemikers Herrn Dr. W o y.

Vom Wahlrechtskampf.

Neue Straßendemonstrationen!

Während die Arbeiter Berlins in ihren Demonstrationen eine Pause eintreten ließen, um der überhitzten Polizei und dem verängstigten Spielbürgerum eine angemessene Zeit zur Erholung und Wiederbesinnung zu gönnen, hat am letzten Sonntag an verschiedenen anderen Orten Preußens und des deutschen Reiches die Straße in gewaltigen Kundgebungen für das Recht des Volkes demonstriert. Die Drohungen Bülow's, die jetzt vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Traktatensform verbreitet werden, haben auf die Arbeiterschaft nicht den mindesten Eindruck gemacht. Der Beweis ist am Sonntag in Solingen, Mühlhausen i. Elsaß und Mainz erbracht worden.

Der letzte Sonntag hat aber auch abermals den Beweis dafür erbracht, daß Straßendemonstrationen in der ausgezeichneten Ordnung verlaufen, wo sie nicht von der Polizei böswillig gestört werden. In Mainz, also im Hessenlande, das dem Einfluß der preussischen Polizeigewalt entrückt ist, demonstrierten Tausende von Arbeitern durch einen Straßenumzug, und selbst der halbhoffizide „Berl. Volksanzeiger“ muß melden:

„Der Umzug verlief in bester Ordnung.“

„Kein Stückchen Haut geritzt, keine Laternenschelbe beschädigt worden.“

Auders war es schon im halbproussischen Mühlhausen in den Reichslanden. Hier zogen gewaltige Massen durch die Straßen und brachten Hochrufe auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht aus. Hier kam es schon „da und dort“ zu sogenannten Zusammenstößen mit Gendarmen und Polizisten. Das Militär war in den Kasernen konfiguriert.

Noch ganz anders war es im ganz preussischen Solingen. Hier demonstrierten viele Tausende von Arbeitern unter dem bekannten Kampfruf: „Soch das Wahlrecht! Fort mit Bülow!“ Die Gendarmerie und die Polizei stellte sich hier den Massen entgegen und schlug schonungslos mit blanker Klinge auf sie ein.

Dieses Vorgehen der Schutzmannschaft wird halbhoffizid, lächerlich genug, damit begründet, daß die Kriegervereine zur Zeit der Demonstrationen in der inneren Stadt Kaisergeburtstagsfeiern abgehalten, und daß die Demonstranten versucht hätten, „zu den Feiern vorzudringen“. Daß die Arbeiter überhaupt an die Geburtstagsfeiern der Kriegervereine gedacht haben sollen, erscheint uns äußerst unwahrscheinlich, sicher aber hätten sie, auch wenn sie „zu den Feiern vorgedrungen“ wären, diesen ihren Kalbsbraten nicht weggegeben. Die offiziöse Entschuldigung ist offenbar nichts weiter als eine an den Haaren herbeigezerrte Ausrede.

Wir hoffen, daß die neuen Straßendemonstrationen dazu beitragen werden, alle Gegner, die sich nicht absichtlich der Wahrheit verschließen, davon zu überzeugen, daß Straßendemonstrationen berechnigte Mittel der politischen Aktion sind und daß ihr friedlicher Verlauf nur durch verkehrte Anordnungen der Behörde gestört wird. Die Arbeiter gehen nicht auf die Straße, um den Verkehr böswillig zu unterbinden, nicht um Menschen zu verletzen, nicht um Sachen zu beschädigen, nicht um Gewalttat irgendwelcher Art zu verüben. Sie fassen ihre Demonstrationen nicht als einen „revolutionären“, „umwälzenden“ Akt im Heugabelsinne der brutalen Gewalt auf. Sie erkennen es als ihre Ehrenpflicht, selbst dann jede Störung und Ausschreitung nach Kräften hintanzuhalten, wenn ihnen die Ausführung dieser friedlichen Absicht durch ein unsinniges Verhalten der anderen Seite erschwert wird.

Aus Straßburg wird uns noch geschrieben: Am Sonntag veranstaltete die sozialdemokratische Partei Elsaß-Lothringens im ganzen Lande 35 Versammlungen, in denen gegen das ungerechte Wahlrecht für den Landesausschuß protestiert werden sollte. Die Versammlung in Straßburg, in der der Reichstagsabgeordnete Genosse Böhle referierte, verlief infolge Eingreifens der Polizei stürmisch. Bei der Besprechung der bisher vergeblichen Bemühungen der Elsaß-Lothringischen Arbeiterschaft, eine Änderung des Wahlrechts durchzusetzen, bemerkte Böhle: Es bleibe schließlich der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als zu Straßendemonstrationen und, wenn es sein mußte, zum allgemeinen Streik zu greifen. Daraus erklärte der Polizeikommissar „wegen Aufregung zu Gewalttätigkeiten“ die Versammlung für aufgelöst. Die Versammlung erhob stürmischen Protest. Genosse Böhle erhielt rouschenden, andauernden Beifall, der Polizeioffizier wurde ausgepöffelt. Unter großem Tumult räumte die Polizei den Saal. Vor dem Versammlungsort, der Reumarkt-Brücke, sammelten sich die Arbeiter zu einem Zuge, der unter Mahnung vollständiger Ruhe durch den örtlichen Teil der Stadt zog. Die Polizei, die offenbar gemerkt hatte, daß sie einen Fehler beging, stellte dem Zuge nichts in den Weg.

Großherzog und Straßendemonstration.

Wir berichten schon von der Auseinandersetzung über Straßendemonstrationen, die auf dem parlamentarischen Abend in Hessen zwischen unseren Genossen und Regierungsleuten stattgefunden hat und die jetzt unsere bürgerlichen Blätter so stark beunruhigt, daß die „Schlesische Zeitung“ die Ministerworte durch Unterschlagung einzelner Stellen ein wenig fälscht.

Als nämlich Genosse Ulrich erwähnte, daß eventuell auch die Darmstädter Arbeiter eines Tages demonstrierend vor das großherzogliche Schloß ziehen könnten, zeigte sich der Minister Braun absolut nicht bestürzt und erwiderte, daß gegen die Demonstrationen als solche solange nichts einzuwenden sei, als sie in voller Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Der Polizei falle das Recht zu, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Nachzutragen ist hier, daß der Großherzog diese Worte des Ministers Braun anhörte, ohne gegen sie irgend eine Einwendung zu erheben.

Der anscheinend vom Großherzog gebilligte Standpunkt des Ministers Braun deckt sich absolut mit der Auffassung der preussischen sozialdemokratischen Arbeiter. Diese sind gerne bereit, bei ihren Demonstrationen die Polizei in ihrem Bestreben, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, tatkräftig zu unterstützen. Störungen der Ordnung und Ruhe verschuldet nur die von der heftigen stark abweichende preussische Auffassung, die Straße sei nur für höfliche Schaustellungen und den Rabau der Patrioten da, demonstrierende Arbeiter aber dürfe man mit Säbel und Revolver von ihr fortweisen.

Bei der Preußenpresse hat sich's der von ihr fälschlich sogenannte „rote Großherzog“, der sich mit den geachteten „Hegern und Verführern“ friedlich unterhält, natürlich wieder einmal gründlich verschüttelt!

Und Bülow sprach:

Auch kann die königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen.

Fürst Bülow hat im Laufe seiner bekannten Erklärung behauptet, die Regierung werde sich bei den nächsten Wahlen unparteiisch verhalten. Damit vergleiche man die Dokumente unseres heutigen Blattartikels. Fürst Bülow weiß entweder nicht mehr, was er redet, oder er spricht die Un-

wahrheit. Die „Bethmann-Hollweg'sche Partei“ oder die fortschrittliche (sofern sie blockfrei bleibt) wird gewiß nicht mehr gemakregelt werden, aber wir wollen es erleben, ehe wir es glauben, daß in Preußen abhängige Wahlmänner sozialdemokratisch, welsch, polnisch, dänisch wählen dürfen, ohne tags darauf pünktlich gemakregelt zu werden!

Wenn ein Bülow von Unparteilichkeit redet, so ist gewiß, daß für die kommenden Wahlen ein terroristischer Druck von oben zu erwarten ist, gegen den alles Gewelke als Kinderpiel erscheint. Das Reich, der Staat, die Schlotbarone und Großgrundbesitzer werden sich verbünden, um die getretenen Millionen der dritten Wählerklasse auch noch des letzten Restes ihres bürgerlichen Selbstbestimmungsrechtes zu berauben.

In diesen Tatsachen liegt die Rechtfertigung des bereits angekündigten Entschlusses der Arbeiterschaft, wider den Druck von oben diesmal den Druck der Abwehr von unten zu organisieren. Die Aussichten, die sich hier zum künftigen Wahlkampf eröffnen, sind nicht angenehm für den Menschenfreund und den Ehrfurcht! Aber die preussische Regierung will es, auf ihr Haupt fällt alle Schuld!

Wir verabscheuen den Zwang, aber wir sind selber gezwungen. Wir sind gezwungen, Tatsachen zu schaffen, die das herrschende Junkertum zur Einsicht nötigen, daß nach dem bestehenden indirekten, ungleichen und öffentlichen Wahlrecht im Jahre eintaufendneuhundertundacht zum allerletzten Mal gewählt worden ist. So geht es nicht weiter!

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Freisinnige Vereinigung beschlossen hatte, als Antwort auf die Erklärung Bülow's dem Reichskanzler im Gegenzug zu der Vertrauenskommission vom Dezember ein entsprechendes Mißtrauensvotum zu erteilen. In der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft scheiterte dieser Antrag an dem Widerstand der Volkspartei. Für das Mißtrauensvotum traten, wie jetzt bekannt wird, folgende Abgeordnete ein: 1. Gothein, 2. Pottsch, 3. Schrader, 4. Raumann, 5. Rommisen, 6. Dohrn, 7. Struve, 8. Neumann-Sofier. Dagegen war 1. Graf Voßmer, 2. Delbrück, 3. Radtke und Hecker. Es wird nun ganz interessant sein, ob sich die Majorität der Freisinnigen Vereinigung und besonders die Wähler bei der Majorisierung beruhigen werden.

Zur Niederlegung der Dreiklassenhande

versagen die Freisinnigen der drei Richtungen dem Kanzler zwar die Gefolgschaft nicht, aber sie gründen wenigstens einen „Ausschuß“, über welchen die „Frei. Ztg.“ meldet:

Die preussische Regierung hat die von allen Liberalen geforderte halbige und gründliche Reform des preussischen Wahlrechts abgelehnt. Die bevorstehenden Landtagswahlen werden über das Schicksal der Reform entscheiden. Um die Wahlrechtsfrage durchzuführen, ist ein Ausschuss der freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses gebildet worden. Der Ausschuss soll eine einheitliche und planmäßige Agitation zur Bekämpfung des ungerechten und widerwilligen Dreiklassenwahlrechts und der völlig veralteten Wahlrechtsaufteilung durchzuführen. Zur wirksamen und erfolgreichen Agitation sind erhebliche Mittel erforderlich. Die unterzeichneten Mitglieder des Hauses richten an alle Anhänger freierwilliger Staatsauffassung das Ersuchen, den Kampf für eine den Forderungen der Zeit entsprechende Wahlrechtsreform durch Beiträge zu unterstützen. Die Beiträge bitten wir an die Bank für Handel und Industrie auf das Konto Wahlrechtsfonds einzuliefern. Berlin, im Januar 1908.

Fischer, Goldschmidt, Hoff, Kowal, Dr. Müller-Sagan, D. Raumann, Dr. Radtke, Dr. Roesler - Frankfurt a. M., Albert Träger und Dr. Wiemer.

Weber mit Schlagworten noch mit Geld, können die Liberalen das Wahlrecht stützen, so lange sie nicht die

Stadt-Theater.

„Lohengrin“.

Am Montag gastierte Fr. Denner als Elsa. Sollte das Engagement dieser Künstlerin, woran eigentlich gar nicht zu zweifeln ist, inzwischen perfekt geworden sein, so können wir uns zu dieser Agitation nur oralisieren. Fr. Denner verfügt über eine sehr schöne, warm gefärbte Sopranstimme, die in allen Lagen leicht ansetzt und gut ausklingelt. Wenn aus dem Organ keine schmetternde Kraft und Brause zu eigen ist, so verleiht die Künstlerin dafür in hohem Grade, den poetischen Reiz der Lyrik singend zu erschöpfen. In Anbetracht dieses großen Vorzuges ist wenigstens Aussicht vorhanden, die Stimme länger der Bühne zu erhalten, als es der Fall gewesen wäre, wenn Fr. Denner sich durch ein ausbringliches Orchester zum Schreiten verleiteten lassen würde. Kommt noch ein sehr verständliches Spiel und eine annehmbare Bühnenscheinung hinzu, so sind alle Momente gegeben, die ein Engagement durchaus wünschenswert erscheinen lassen. An Weisheit hat es dem Gast nicht gefehlt. — Wie unumgänglich abtut eine Renovierung des Brantchores ist, hat der gestrige Abend deutlich gezeigt; mehr danebenzulegen, ist wohl kaum mehr möglich.

D. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Einen noch unbekanntes Familienbrief von Karl Marx veröffentlichte Fran Langnet in einem Artikel: „Was Marx de wist?“ in der illustrierten Zeitschrift „Le Monde Moderne“. Der Brief, der in englischer Sprache geschrieben und mit „Old Ned“, dem von Jenny Langnet dem Vater verliehenen Scherznamen, unterzeichnet ist, ist an diese eine Lieblingsochter gerichtet und trägt das Datum vom 29. April 1881. Jenny hatte ihrem Vater die Geburt ihres jüngsten Sohnes, Marcel, angezeigt. Marx antwortete ihr: „Meine liebe Jenny, ich beglückwünsche Dich zu Deiner glücklichen Entbindung — ich nehme wenigstens an, daß alles gut abgelaufen ist, da Du Dir selbst die Mühe genommen hast, mir zu schreiben. Mein „Familienschatz“ hatte gehofft, daß der „neue Ansbümling“ die „bessere Hälfte“ der Bevölkerung vergrößern werde. Ich ihr meinen Teil nicht das männliche Geschlecht für die Kinder vor, die an diesem Wendepunkt der Geschichte geboren werden. Sie haben die revolutionäre Periode vor sich, die die Menschheit durchlebt hat. Franrig ist es aber, alt zu sein, so daß man nur noch ein Leben lang, hat zu leben.“ — Dem Artikel ist auch ein bisher unbekanntes, aus dem Jahre 1871 stammendes Porträt von Karl Marx beigegeben. Neben Marx

steht Jenny mit einem umgehängten großen eisernen Kreuz. Wie Jean Langnet berichtet, haben flüchtige polnische Revolutionäre dieses Abzeichen ihrer letzten Erhebung 1864 seiner Mutter zum Geschenk gemacht und sie trug es viele Jahre.

Aus aller Welt.

Berliner Mord-Chronik. Zu den vielen noch nicht aufgearbeiteten Mordfällen von früher, sind in letzter Zeit vier neue hinzugekommen, ohne daß es gelang, auch nur einen der Täter zu erwischen, trotz der ausgelegten Belohnungen. Die Berliner Mord-Chronik ist schon wieder durch einen neuen Fall vermehrt worden. In der Nacht zum Montag wurde in dem Hause Gerichtsstraße 9 die Witwe Anna Wiesner mit gespaltenem Säbel tödlich aufgefunden. Sie scheint das Opfer eines Lustmordes zu sein, der bereits vor vierzehn Tagen an ihr begangen sein muß. Von dem Täter ist keine Spur zu finden. Da die Berliner Polizei jetzt etwas weniger mit den Straßendemonstrationen zu tun hat, so ist anzunehmen, daß sie nun ihr Hauptaugenmerk auf die Erreichung der Täter richtet.

Ein seltsamer Befehl. In militärischen Kreisen glaubt niemand, den Hauptmann von Gorden zeigensgehdrt sei. Die Offiziere der Allensteiner Garnison haben Befehl erhalten, bis auf weiteres das Besuchs-Bienfälliger Veranstaltungen zu vermeiden. Ebenso wurde ihnen befohlen, bei dem Besuch öffentlicher Lokale die Mordaffäre nicht zu berühren.

Ein Staatsanwalt durch Gas vergiftet. Montag früh wurde der Staatsanwalt Dr. Schweidler in seiner Wohnung an Schilbererg vergiftet aufgefunden. Das Schlafkammer war vollständig mit Gas angefüllt, das zwei in nächster Nähe schlafenden entzündet war. Ein Arzt bemühte sich mit Erfolg um den Bewußtlosen und ordnete dann dessen Überführung nach dem Krankenhaus an. Dort besetzte sich im Laufe des Tages das Befinden des Erkrankten, so daß anscheinend eine Lebensgefahr nicht mehr besteht. Dr. Schweidler ist unerschrocken. Ueber den Vorfall waren unkontrollierbare Gerüchte im Umlauf. Der Umstand, daß zwei Gasbehälter nicht geschlossen waren, bedarf noch der Aufklärung.

Siehe darauf! Eine Prämie für Eltern gütlicherer Jungen bei der Regierung für das westliche Gebirge anzulegen dringen gefunden. Wer von den Kameraden sich dadurch um die

Mehrheit des Vaterlandes verdient macht, daß er der Vater recht vieler Jungen wird, soll vom vierten Jungen an vom Verein jedesmal einen Preis in Gestalt eines silbernen Pfeiles erhalten. — Selbstverständlich werden nun die braven Patrioten des Kriegerevereins ihr Möglichstes tun, um in den Besitz recht vieler silberner Pfeile zu kommen. Bei demjenigen aber, die sich der Sache ganz besonders widmen, wird man nicht mehr in Hausen, ihre Verdienste um das Vaterland mit einer silbernen Pengabel zu belohnen.

Der Schweinskopf in der Moschee. Am zweiten Beiramtstag wurde in der Moschee in Brüggen (Aachen) ein Schweinskopf niede gelegt, was die Mohammedaner in Aufregung versetzte. Der Vorfall gab zur Sperrung des Bazar, sowie zu verschiedenen Beschäftigungen Anlaß und rief Demonstrationen hervor. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die türkischen Behörden sind bemüht, die Mohammedaner zu beruhigen.

Die Kinder ertranken. Auf dem Tegeler See, der nicht freigegeben war, brach Sonntag Nachmittag der 11jährige Gustav Schill, Sohn eines Arbeiters aus Berlin, ein und verschwand sofort in der Tiefe. Ferner wurden die Leichen zweier Knaben geborgen, die am Tage vorher ertrunken waren. Es waren dies der 14jährige Walter Feder und dessen 7jähriger Bruder Wilhelm. Sogleich ist bei Preßdam ein Schiffer eingeschrieben, der seine vierjährige Tochter im Schilten auf dem Eis der Havel spazieren fuhr. Der Vater wurde gerettet, das Kind aber ertrank.

20.000 Mark in Pelzen erbeutet. Pelzstücke brachen in der Nacht zum Sonntag im Hause Spandauerstraße 15 in Berlin ein, wo das Pelzwarengeschäft von Paul Profflich u. Co. ausgebeutete Lage- und Arbeitsräume inne hat. Die Diebstahlsbringer über die Hintertriebe vor, sprengten eine Tür und traten dann eine sachverständige Auswahl in Kobel, Hermelin, Persischer, Ketz und Fuchspelzen. Dann wurde der Kassenkranz erbeutet und sechs Hundert von sechshundert Mark erbeutet. Der Wert der gestohlenen Pelze belief sich auf 20.000 Mark.

Eine lebende Modeausstellung. In London wird diese Tage eine Modeausstellung eröffnet, die ihre besondere Anziehungskraft durch eine Sonderausgabe erhalten soll. Durch sie sollen den Damen alle modischen Neuheiten im Ankleiden vorgeführt werden. Ein Raum ist als Showroom eingerichtet mit einem Toilettenstisch, der alle Werkzeuge und Sachen zum Ankleiden enthält. Die Vorführung wird natürlich nur vor Damen stattfinden. Zweimal am Tage werden drei oder vier Damen an sich den ganzen Vorgang der Ankleidung vorzuführen lassen. Sie kommen vom Bad und übergeben sich den Kammermädchen, die sie in einer bestimmten Pelzschleife ankleiden. Eine Dame macht ihre Toilette für eine Vorstellung bei

Unterstützung der sozialdemokratischen Partei haben. Und diese werden die Unterzeichner des Aufrufs nie erhalten, da zu sind etwas sicherere Leute notwendig. Aber die Aufrechten wie Barth, Brellschmid, Gerlach müssen schon jetzt eine organisierte Hege der Wiener- und Dohle-Leute durchmachen, die offenbar mit dem Hinauswurf aus der Partei enden soll. Das wäre vielleicht gar nicht so übel, sie würden sicher nicht allein gehen und es könnte dann immerhin an einigen Orten eine verhandlungsfähige bürgerliche Partei entstehen.

Krähen Sie nicht zu früh!

In der „Hilfe“ läßt Naumann folgende Briefkasten-Notiz los:

Die „Nationale Korrespondenz“ verbreitet wieder einmal, wie schon im Herbst, leichtfertige falsche Behauptungen über Naumann. Es ist selbstverständlich, daß er keiner Orden bekommen hat.

Na, na! Das sagen andere freisinnige Kräfte auch einmal, die jetzt einen sicheren Vogel haben. Entwickelt sich Naumann so weiter, dann wird er bis zum nächsten Ordensfeste sicher reif dafür.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Geschichte über den Austritt von 14 000 sozialistischen Gewerkschaftlern macht die Kunde durch die bürgerliche Presse; sie ist jedoch gänzlich übertrieben. Die Sozialisten haben in den letzten Jahren überhaupt nur 13-14 000 Mitglieder gehabt, von ihnen sind inzwischen etwa 8000 zu den zentralisierten Gewerkschaften übergetreten und es bleiben also wenig über 5000 Mann übrig, von denen ein Teil längst im anarchischen Lager steht und beim Rest noch manch alter Denker sich befindet, der sich den Austritt aus der Partei gerührt überlegen wird. Alle diejenigen aber, die innerlich nicht mehr zur Fahne der Sozialdemokratie schwören, sollen ruhig gehen, sie gehören so wie so nicht zu uns.

Ferner wird eine ablehnende Äußerung des Genossen Heine über Straßendemonstrationen kolportiert, die aus der letzten Zeit stammen soll, unseres Wissens aber mehrere Jahre alt ist. Sie fällt in eine Zeit, wo die Majorität der Partei die Straßendemonstrationen noch ablehnte und die „Leipziger Volkszeitung“ zum Beispiel die von der „Volkswacht“ empfohlene Straßendemonstration für politische Zwecke eines einzelnen Bundesstaates als ganz unbrauchbar erklärte. So wie das genannte Blatt seine Meinung zu unseren Gunsten geändert hat, ist es vielleicht inzwischen auch mit Genossen Heine geschehen.

Der zweite Parteitag der polnischen sozialistischen Partei in Warschau (P. S.) fand vor kurzem statt. Ein kurzer Bericht über die Verhandlungen derselben ist vor einigen Tagen in Krakau erschienen. Nach dem Bericht nahmen an den Verhandlungen 53 Genossen, darunter 39 Delegierte und 14 Gäste mit nur beratender Stimme teil. Die Verhandlungen dauerten zehn Tage. Die wichtigste Aufgabe des Parteitages bildete die Ausarbeitung des neuen Programms, die auch schwieriger als die meiste Zeit in Anspruch nahm. Der Parteitag nahm ferner eine ganze Reihe von Beschlüssen in verschiedenen Fragen an, die mit der Arbeiterbewegung verknüpft sind. Schließlich wurde ein neues Organisationsparat beschlossen.

In dem neuen Programm wird nach dem allgemeinen Prinzipien Teil darauf hingewiesen, daß in russischer Polen der Kampf um die Demokratisierung des Staates, um die volle Garantie der politischen Freiheiten durch den Kampf um nationale Rechte kompliziert wird. Die nationale Unterdrückung ist ein härtestes an der Arbeiterklasse. Diese Unterdrückung bringt ihr den unmittelbaren Schaden dadurch, daß die Entwicklung des ganzen Landes gehemmt wird, sie trägt dazu bei, daß die Nation der nationalen Selbsttätigkeit, welche die Bourgeoisie braucht, um ihr Klassenbewußtsein zu verdunkeln, gehindert wird, sie hemmt ihren Fortschritt nach Wissen und Kultur, welcher mit unüberwindlicher Kraft aus den Bedürfnissen ihres Klassenkampfes emporsteigt. Der Sieg des Sozialismus wird den Vätern die Befreiung von jeglicher Unterdrückung bringen, indem er alle ihre Absichten von Grund aus vernichtet.

Das Postulat einer unabhängigen polnischen Republik als höchstes politisches Ziel des polnischen Proletariats wird fallen gelassen.

Die polnische sozialistische Partei strebt im innigen Zusammenhang mit dem sozialistischen Proletariat aller Völker

des russischen Reiches dessen Umgestaltung auf folgenden Grundlagen an:

1. Abschaffung der Monarchie, Umgestaltung des russischen Staates in eine demokratische Republik.
2. Abschaffung der staatlichen bürokratischen Zentralisation, Zentralisation der Staatsverwaltung, feiner gesetzgebender, administrativer und Justizbehörden in Grenzen und Formen, die den vorhandenen wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Bedürfnissen entsprechen, sowie durch ihre Rolle in der allgemeinen Wirtschaft und Struktur des Staates bestimmt sind.
3. Völkliche Autonomie Polens mit einem gesetzgebenden Landtage.
4. Sicherstellung der Rechte der nationalen Minderheiten (Juden, Deutschen usw.), welche keine autonomen territorialen Einheiten bilden.

In der Resolution über Letzt wird unter anderem hervorgehoben, daß für eine sozialistische Partei die Aufgabe besteht, im Einklang mit dem Wunsche der Gesamtheit der organisierten Arbeiter, nach einer Vereinigung aller sozialistischen Kräfte in Polen zu einer mächtigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu streben.

Die Resolution über den politischen Terror besagt, daß der Hauptgrund der Parteiführung darin liegt, daß einzeln und allein die Massenbewegung und der Widerstand der Arbeiterklasse sowohl zu partiellen, wie auch bedeutenderen Siegen führen kann. Der Terror steht im Grunde des Kampfes entgegen, vermindert die Kampfbereitschaft der Massen, indem er sie daran gewöhnt, auf Mächte zurückzuführen und ihre Passivität fördert. Der Terror als ein durchaus schädlicher Faktor, welcher zu keinem Ziele führt, wird ganz entschieden verworfen.

Die Konfessionen der Staatsreligion, technische Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstande, die Bildung von Kampforganisationen werden ebenfalls verworfen. Die Partei stellt sich zur Aufgabe, die Erhaltung und Stärkung der Massenbewegung, eine ausgebreitete Agitation in Bezug auf alle Erscheinungen des politischen und sozialen Lebens, Ausnutzung aller durch die Revolution erreichten Zugeständnisse - Duma, Selbstverwaltungs-Körperschaften, Gewerkschaften, Genossenschaften, Presse, Vereine usw. - zur Förderung der Aufklärung und der Organisation des Proletariats in Stadt und Land.

In Bezug auf die dritte Duma erklärt der Parteitag, daß die sozialdemokratische Fraktion als die Vertreterin der Arbeiterklasse der verschiedenen Nationalitäten zu betrachten ist.

Der Parteitag wendet sich an alle Arbeiter, daß sie sich, ungeachtet der nationalen, religiösen und parteipolitischen Unterschiede, in neutraler, unparteiischer Gewerkschaften, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und zur völligen Befreiung des Proletariats streben, zusammenschließen.

Ferner wendet sich der Parteitag an die Arbeiter, daß sie zur Gründung der Genossenschaften schreiten, welche zur Lösung des Wohlstandes der Arbeiterklasse beitragen, die Schule der Solidarität bilden, aber zugleich die Arbeiter davor warnen, etwas glauben zu wollen, daß die Genossenschaftsbewegung die soziale Frage lösen kann.

Die Verhältnisse und der Geist des Parteitages haben gezeigt, daß nunmehr die Unterschiede zwischen der polnischen Sozialistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens keine allzu große sind und daß man nicht fern ist in der Behauptung, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die beiden Parteien sich vereinigen zum Nutzen des gesamten polnischen Proletariats.

Ein Veteran. In Mittweida starb am 25. Januar der alte Parteigenosse Karl Fischer. Der Tod wurde ihm zum Erblasser im jahrelangen Leiden. Fischer hat ein Menschenalter hindurch für die Ideen des Sozialismus gewirkt und in praktischer Arbeit immer seinen Mann gehalten. Früher stand er in den vordersten Reihen der proletarischen Kämpfer des 15. sächsischen Wahlkreises und durch Verlesung von verschiedenen Ehrenämtern zeichneten ihn die Parteigenossen aus.

Im nördlichen Bayern fanden gegen hundert Verfallungen statt, in denen gegen die vom Reichskanzler genehmigte Politik der Entschleunigung und Ausbeutung, sowie keine verständliche, unklare und gefährliche politische Stellung genommen wurde. Die Verfallungen waren von mehreren Genossen veranlaßt.

Unterbrochene Staatsaktion. Die beiden Mittelwälder Blätter „Durch Was“ und „Witoni“ haben nunmehr die ihnen anvertraute Redaktion von 10 000 M. entrichtet und erscheinen seit Sonnabend wieder. Der weizen Waisenhausbeziehung verhaftet gemeine Redakteur des „Witoni“ ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Arbeiterbewegung.

8. außerordentlicher Kongress der sozialistischen deutschen Gewerkschaften.

In der Sonnabend-Vormittagsitzung haben sich die Reichen der Kongressteilnehmer erheblich geäußert, weil die Mehrzahl der Einigungsstreunde nicht mehr erschienen ist.

Wiesenthal - Berlin, der Vorsitzende des Allgemeinen

Deutschen Metallarbeiterverbandes, gibt eine Erklärung ab, warum er im Gegenlatz zu den übrigen Delegierten seines Verbandes für die Auflösung gestimmt habe. Der Berliner Ortsverein seines Verbandes sei so groß, daß er allein die auswärtsigen Vereine erhalten könne. Es sei aber ein misslicher Zustand, daß bei jeder kleinen Differenz anderer Gewerkschaften Extrabestände erhoben werden. Insbesondere sei zu befürchten, daß im Falle eines Kampfes der Berliner Metallarbeiter, die im Tarifverhältnis stehen, die übrigen tarifverpflichteten Organisationen der Freien Vereinigung nicht die Solidarität in ausreichendem Maße leisten könnten.

Auf der Tagesordnung steht dann „Das Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. Hieran liest eine Reihe von Anträgen vor, die eine Änderung des bisherigen Programms in anarchisistischem und syndikalistischem Sinne bezweckt.

Der Referent Kater spricht sich gegen eine Änderung des auf dem letzten Kongress festgelegten Programms aus.

Über diese Anträge entspinnt sich eine lebhafte Debatte, in der Kater ausführt, das jetzige Programm erkläre bereits alle Wünsche. Nach weiterer Debatte über das Programm werden alle die übrigen Änderungsanträge zurückgezogen und das bisherige Programm einstimmig bekräftigt.

Es folgt dann eine Beratung über die Pressefrage. Hieran liegen eine Anzahl von Anträgen vor, welche die Schaffung eines eigenen Organs bestrimmen. Der Kassierer Kleinlein schiebt hierzu aus, die Geschäftskommission habe sich schon wiederholt mit der Frage der Schaffung einer Tageszeitung beschäftigt. Die finanziellen Schwierigkeiten wären aber für eine solche Gründung zu groß; es müßten erst gewisse Garantien geboten werden, ehe man wenigstens für Berlin ein solches Organ schaffen könne. Man möge diese Angelegenheit der Geschäftskommission überlassen.

Im Verlaufe der Debatte werden von einzelnen Rednern scharfe Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei erhoben. So haben u. a. die Mitglieder der sozialistischen Vereinigung in Hannover besprochen, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten; sie wollten aber erst den gegenwärtigen Kongress abwarten, um dann mit den übrigen Mitgliedern gemeinsam einen Massenaustritt aus der sozialdemokratischen Partei zu vollziehen. Auch die übrigen Redner führten Forderungen über die „einseitige“ Haltung der sozialdemokratischen Presse.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Der acht Kongress empfindet mit Entschiedenheit die Schmach, die ihm durch Verweigerung der Presse seitens derjenigen, die Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit predigen, angetan ist. Wenn die Freie Vereinigung ausreicht nicht in der Lage ist, den Plan der Schaffung eines eigenen Kampforgans zu verwirklichen, so verpflichten sich doch alle Mitglieder, diesen Plan nicht aus den Augen zu lassen und dafür zu agitieren.“

Der Geschäftskomitee wurde aufgegeben, baldmöglichst die Vorarbeiten für die Gründung einer Tageszeitung einzuleiten und zur Gründung zu schreiten, sobald die Vorarbeiten dazu erledigt sind.

Ein Antrag auf Schaffung einer Zentralkasse wird abgelehnt, dagegen in Sachen der Streitunterstützung folgender Beschluß gefaßt:

„Jede der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossene wie neu hinzukommende Gewerkschaft ist verpflichtet, um zu eventuellen Lohnkämpfen finanziell gerüstet zu sein, von ihren Mitgliedern einen Beitrag von mindestens einem halben Wochenlohn jährlich zu erheben. Die Streitunterstützungen dürfen in der Regel höchstens den fünfteligen Betrag des Wochenbeitrages erreichen. Organisationen, die dem nicht nachkommen, haben keinen Anspruch auf die Solidarität der übrigen der Freien Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften.“

Hierauf wird zur Wahl der Geschäftskommission und der Revisoren geschritten. In die Geschäftskommission werden gewählt: Kater als Vorsitzender, Kleinlein als Kassierer, L. B. H. als Revisor, Schöneheit und Juppenthaler. Zu Revisoren sind gewählt: Gaffner, Kofelt und Winkler.

Der Vorsitzende Schenker schließt hierauf den Kongress mit einer Ansprache, in der er hervorhebt, daß die Verhandlungen trotz der ersten Stürme einen erfrischenden Verlauf genommen hätten.

Vertagte Verhandlungen im Holzgewerbe. Montag sollen in Leipzig die Verhandlungen zwischen dem Verbandsvorstande der Arbeiter und dem der Unternehmer beginnen; sie sind jedoch durch die Haltung der Unternehmer bis zu Anfang März vertagt worden. Die Arbeitervertreter wollen zunächst nur einen Vertrag über die Arbeitszeit festsetzen, die Unternehmer wollen aber auch die übrigen Arbeitsverhältnisse einbeziehen.

Achtung, Korbmacher! Die Firma R. Weniger, Poppenhagen, sucht durch Zule- und Korbmacher. Die Kollegen Poppenhagens befinden sich in einer Lohnbewegung. Jedes Arbeitsangebot ist zurückzuweisen. Die Vorstandskommission.

Achtung, Schuhmacher! In Augsburg und München sind die Schuhmacher ausgerepelt. Die Unternehmer suchen in ganz Deutschland Streikbrecher. Einige Arbeitswillige sind wegen großer Entschleunigung bereits von dort abgereist.

Auswertung der Pfiesenleger. Wie aus Darmen gemeldet wird, haben die Unternehmer im Wuppertal die Pfiesenleger wegen anmaßlich zu hoher Lohnforderungen ausgerepelt.

Hoffe, eine andere für einen Jagdschlag, eine dritte für einen Fall, die dritte für eine Sozialisten. Jede dieser Töchter geht verschieden vor sich. Französische Ankleidestücken, die in allen Handlungen und Künsten erfahren sind, werden die praktische und heftigste Form des Ankleidens vorführen. Besondere Haarfrisuren rollenden, wenn die eierliche Kalligraphie vorüber ist, den Augen durch eine künstlich angeführte Haartracht. Einige der hervorragendsten Damen der englischen Gesellschaft, darunter eine Gräfin, haben sich bereit erklärt, dieses fashionable Ankleiden an sich vornehmen zu lassen. Die Zuschauerinnen sitzen im Vorhof um sie herum und haben ausgiebige Gelegenheiten, Weltmänner bei den verschiedensten Eigenschaften des Ankleidens zu belächeln und diesem vorbildlichen Beispiele selbst nachzueifern. (S. englisch!)

Sturm und Nebel. Vor der Eismündung in Hamburg in der Nordsee hat von Sonnabend Mittag bis Montag Morgen schweres Sturmwetter gewüthet. Vor der Eismündung ist in gefährlicher Lage ein dem Namen nach unbekannter Dreimastochener gestrandet, mehrere Hilfsdampfer sind anwesend. Nordöstlich vom ersten Hauptort liegt ein Dampfer vor Anker, zwei Schlepper befinden sich bei ihm. Letzte Nacht wüthete in Wien ein orkanartiger Sturm, der in Wäldern, Kulturen und an Gebäuden großen Schaden anrichtete. Mehrere Personen wurden verletzt. Aus dem Alpengebiet wird völliger Schneesturm mit Regen und Hagel gemeldet. Aus Dover wird gemeldet, daß im Kanal ein heftiger Sturm tobte. Ein Dampfer, der um 3 Uhr Morgens salia war, ist bis 10^{1/2} Uhr nicht eingetroffen. Einem Funktelegraphen zufolge ist der Dampfer „König“ durch den schweren Seegang betriebsunfähig geworden. Es wurde Hilfe abgefordert. Auch aus Algandrien laufen Meldungen von schwerem Sturm ein, der seit gestern wüthet, viele Telegraphen- und Kabelleitungen beschädigt und auch sonst viel Schaden anrichtete. Der Verkehr durch den Engkanal ist unterbrochen.

Der katholische Pfarrer Hermann Delhaesen in Reichertshausen (Schwaben) hat sich nicht, wie mancher andere Gegner des Böhsens unter seinen Amtsvorfahren, mit seiner Gehilfen begnügt, sondern er wurde zum Verbrecher an unschuldigen Kindern. Im Jahre 1890 kam er deshalb auf zwei Jahre ins Buzhhaus. Nach seiner Entlassung nahm er seine Seelsorge wieder auf, machte ähnliche Schwestern und konnte nun nachher auf sieben Monate ins Gefängnis.

Der eingezogene Leibriemen. Eine heitere Episode spielte sich vor dem Halle'schen Schöffengericht ab. Ein Bergarbeiter Thomas von Dörsdorf hatte seinen Sohn mit einem Leibriemen erschlagen. Da der Hölbling seinen Namen zum Beschützen seiner Haut bei dem Töten zum Leibriemen hatte, so wurde man das Ding zum Beschützen. Thomas mußte sein Urteil mit der Hofe in

beiden Händen - ein köstliches Bild für die Zuschauer - entzagen nehmen und geriet bei der geringsten Handbewegung in die Gefahr, das Rückgrat zu verlieren. Wie das nun so üblich ist, sprach aber das Gericht auch die Beschlagnahme und sofortige Einlieferung des Riemens aus. Da man aber ein öffentliches Verbot befürchtete und den Angeklagten mit der loseren Felle nicht bis ins Dorf laufen lassen konnte, mußte man wohl oder übel die Beschlagnahme wieder aufheben und dem Manne den Riemen einhändigen.

„Um den heiligen Vater zu besuchen“. In fast allen von den Fremden lebenden über Rom hängt ein Zettel aus, der Volles pour visiter le saint Pere“ heißt, „Schleier, um den heiligen Vater zu besuchen“, da beinahe ausschließlich weibliche Wesen solche nur mit schwarzem Epizentleier auf dem Kopfe, in schwarzen Kleidern und ohne Handschuhe empfangen werden. Man schiebt es aber, daß zum Empfang in Privatambien noch etwas anderes gehört als der obligate Schleier, das schwarze Kleid und die Handschuhlosigkeit. Die tabuläre Larzzeitung „Vita“ in Rom berichtet nämlich von einem Beamten des Vatikan, einem Geistlichen der die Aufgabe hatte, in den eleganten Hotels die Fremden aufzusuchen und ihnen einen Empfang in privater Audienz in Aussicht zu stellen. Gleichzeitige mußte er die bedrängte Lage des Papsttums, vor allem diese Armut schildern, was dann die Fremden veranlaßte, je nach der Tiefe ihres Glaubens einen mehr oder weniger tiefen Griff in ihre Brieftasche zu tun. Bei der Audienz dankte dann der Papst und segnete die Gläubigen. Der Segen mag sich wohl nach der Tiefe des Griffes gerichtet haben; aber in den Dankworten ging es doch nicht gut an, die Höhe der frommen Spende auf Heller und Pfennig zu nennen. So geschah es, daß der mit der Sammlungs beauftragte Beamte gelegentlich nicht die ganze Summe in den Hüften des Statthalters Christi niederlegte, wobei mancher Fremde kleinlautiger erwiderte als er wirklich war. Die Sache ging eine Zeitlang gut, bis eines Tages ein amerikanisches Ehepaar sich Audienz und Segen bei anständige Summe von 2000 Dollars leisten ließ. Der geistliche Angeordnete freute sich und steckte mer Fünftel in seine Tasche; der Papst freute sich auch und beehrte sich bei der Audienz für die 2000 Lire. Die Amerikaner sagten die Sache amerikanisch an und berichteten zurück: 2000 Dollar, heiliger Vater.“ So kam der Papst auf die Schliche seines Abgesandten und erfuhr, wie arge Schlingen der Teufel auch den Gläubigen stellt. Der diebische Stoffe wurde aus dem Vatikan entfernt und bekam eine kleine Pfarre in Rom, und der Papst hat jetzt zuverlässigere Leute, die keine allzu großen Familien von der päpstlichen Bettelarmut erheben. Leider verbieth ihm seine Schwangerschaft, persönlich von Hotel zu Hotel zu wandern und Gläubigen und Geldbeutel auf die Probe zu stellen.

Keine Ehren. Die fünfte Strafkammer in Dresden verurtheilt die Sandmühlengewerkschaften von Dresden und Bismarck, die die Villa

einer Hauptmanns Witwe ausgeraubt und dem Oberbaurat Wittenstein 26 000 M. in Westwäldern gestohlen hatten, zu 4^{1/2} und 5 Jahren Gefängnis. Der Wächter des Café Vergelt in Gassel, Georg Weigel schießt, wie von dort berichtet wird, auf der Eschbahn darauf an, daß er an den Folgen einer Gehirnerschütterung starb. Ein außerordentlicher Zwischenfall ereignete sich vor der zweiten Strafkammer in Albstadt, wo der sich der vorbestrafte Arbeiter Effner wegen Diebstahls verantworten sollte. Auf die Fragen des Vorsitzenden gab der Angeklagte keine Antwort; er öffnete plötzlich die zum Angeklagten führende Thür und sprang mit einem Satz auf den Boden zu. Hierbei kam er auf dem Richterische zu liegen; der Vorsitzende, sowie die Zeugen verließen fluchtartig ihre Plätze, als mehrere Schutzleute hinaustraten, die dem Wüthler Hufeisen anlegten. Auf dem Rückweg vom Hofe sind 14 Tausendmarktscheine aus einem Wertpapiert mit 400 000 M. Inhalt verschwunden. Infolge der angestellten Untersuchung ist der Postassistent Metz als mutmaßlicher Täter verhaftet worden. Während einer in der Nähe von Sarkem abgehaltenen Jagd wurde der Gutsbesitzer Matthies von einem Schatz verurundet und Koller, der auf die Jagdgesellschaft losging, aufgepöbelt und so schwer an Unterleib verurundet, daß er starb. Zwei Jagdschützen, die dem Gutsbesitzer Hilfe kommen wollten, wurden ebenfalls schwer verletzt. Einer von ihnen, der Goldhändler Henri, schwelgt in Lebensgefahr. Der Bürgermeister Gorker in Albstadt wurde am Sonntag verhaftet, weil er 18 000 Mark Hypothekengeld unter falschen Angaben hatte.

Die Lakaienrede.

Was kümmert den der Pöbel Den Diener seines Herrn? Ein gutes, altes Möbel Wird immer mit den Reichen Und fährt auch gut dabei. Was kümmert den der Pöbel Den Diener seines Herrn? Ein gutes, altes Möbel Wird immer mit den Reichen Und fährt auch gut dabei. Was kümmert den der Pöbel Den Diener seines Herrn? Ein gutes, altes Möbel Wird immer mit den Reichen Und fährt auch gut dabei. Was kümmert den der Pöbel Den Diener seines Herrn? Ein gutes, altes Möbel Wird immer mit den Reichen Und fährt auch gut dabei.

Nun stehn sie ganz verwundert Und reiben den Popo. O am nächsten Jahrhundert, Wie kümmerst du einen froh! Mit Freudentränen gaben Sie Hofe mir und Hof, Die wohlgezogenen Knaben Vom liberalen Bloß.

- 1789 Opernkomponist Daniel Auber.
1860 Ernst Moritz Arndt in Bonn.
1848 Publizist Joseph von Görres in München.

Vollsbildung ist staatsgefährlich.

Dieser erleuchtete Grundsat der preussischen Regierungskunst hat wieder einmal ein prächtiges Munderstückchen gezeitigt. Wie der „Liegnitzer Anzeiger“ berichtet, hat die dortige Regierung folgende Verfügung erlassen:

Die Gesellschaft für Vollsbildung in Berlin, welche ihren Einfluß durch Unterstützung von Volksbibliotheken auch im hiesigen Bezirk geltend gemacht hat, nimmt neuerdings eine der christlichen Lehre und der christlichen Kirche so entgegengelegte Stellung ein, daß wir uns verpflichtet halten, vor der Unterstützung ihrer Bestrebungen durch Zahlung von Beiträgen, durch Entnahme von Büchern oder sonstwie, zu warnen.

Das erwähnte Blatt bemerkt zu diesem Streich:

Die wahrhaft gemeinnützige und wirklich vollsbildende Tätigkeit der „Gesellschaft für Vollsbildung“, bezieht die großen Tugenden der Vollsbildung, die eine Folge des rücksichtsigen Unterrichtsplanes in den Volksschulen sind, durch gute Lehre wieder auszufüllen. Diese Bestrebungen sind den Dunkelmännern, die für das Volk dem Grundsatze huldigen „Je dümmer, um so besser“, seit langem schon ein Dorn im Auge und immer wieder haben sie es mit Denunziationen bei Behörden, Vereinen etc. versucht. Wie der Erlaß der kgl. Regierung in Liegnitz beweist, haben diese Denunziationen jetzt Erfolg gehabt. Wir kennen selbst den größten Teil der Publikationen der „Gesellschaft für Vollsbildung“ und haben eine Reihe von Feindschaften darin nicht entdecken können. Allzuweit kommt die Gesellschaft, Bildung zu verbreiten, und es kann infolge dessen nicht erzählt werden, daß die Sonne im Tale Ajalon stillsteht, weil Joana noch ein paar Kanarier toschlagen wollte, oder daß der Teufel Böner und Klauen trägt und nach Schwefel stinkt. Das wird ja dem „Volke der Dichter und Denker“ anderwärts als Bildung oder Religion verkauft.

Uns wird hierzu noch geschrieben: „Veranlaßt ist dieser fromme Regierungserlaß durch die schauerhafte Tatsache, daß in den Volksbibliotheken der Gesellschaft für Vollsbildung Bücher von Darwin, Haeckel, Voelcke und sogar von Harnack, dem liberalen Theologen, geführt werden. Jetzt stößt aber die fürsorgliche Absicht einer hohen königlichen Staatsregierung auf die unvermerkte Tatsache, daß der Vorliegende der von ihr geschürzten Gesellschaft der national-liberale — Prinz Schöneck-Carolath ist. Herr Solle muß also einen schleunigen Rückzug auf allen Vieren antreten, wenn er nicht das Schicksal seines, wie es scheint, immer noch viel aufgeklärteren Vorgängers, des seligen Studt, erleiden will.“

Das letztere ist kaum anzunehmen. Herr Solle müßte ja kein preussischer Minister mehr sein, wenn er auf seinem reaktionären Pfade einen Rückzug antreten wollte. Vieles Wissen ist bekanntlich in Preußen von jeher verpönt gewesen. So wird es auch bleiben, bis das Volk selbst sich einmal energisch aufrafft und den Dunkelmännern die Führung seines Geschickes entreißt. Der preussischen Wahlrechtsbewegung hat die Regierung durch ihren neuesten Munderstreich gewiß seinen schlechten Dienst erwiesen. Der Fall wird sicher tausenden die Augen öffnen, die da geglaubt haben, daß eine „liberale Aera“ bei uns eintreten würde, nachdem das Volk bei den letzten Reichstagswahlen der Regierung seine Ergebenheit zum Ausdruck gebracht hatte.

* Ein ausnahmweise gerissener Lügenpeter ist es, der im „Bund der Landwirte“, dem Agitationsblatt des Schreibbundes der Agrarier, die Sozialistenverfolgung professionsmäßig zu betreiben hat. Ein Freund unseres Blattes bringt uns nachträglich die Nummer dieses Blattes vom 11. Januar ins Haus, in dem sich wieder einmal ein paar saftige Räubergeschichten aus der Sozialdemokratie befinden, die wir doch nicht so ohne Befehrung ins Land gehen lassen wollen. Ein Artikel mit der Ueberschrift: „Ja, Genosse, das ist ganz was anderes!“, der sich in genannter Nummer befindet, enthält folgende Zeilen:

„In Bayern wurde bei den letzten Landtagswahlen ein sozialdemokratischer Eisenbahn-Arbeiter zum Abgeordneten gewählt. Die bayerische Regierung zahlte diesem Arbeiter aus freien Stücken seinen vollen Arbeitslohn weiter für die Zeit, in der er, statt zu arbeiten, seine Abgeordnenzeit ausübt — (und zwar als Gegner der jetzigen Staatsordnung) —. Damit aber war dieser Arbeiter und seine staatsfeindlichen Genossen noch lange nicht zufrieden. Sie forderten noch eine Entschädigung dafür, daß dieser Abgeordneten-Arbeiter nicht Gelegenheit habe, bei Akkordarbeit über den gewöhnlichen Tagelohn hinausgehenden Mehrer zu erwerben. Wie paßt zu diesen Forderungen folgende Nachricht aus München:

Die — (von Sozialdemokraten beherrschte) Münchener Ortskrankenkasse verweigerte dem sozialdemokratischen Abg. Auer, der bei ihr angestellt ist, während seiner Abgeordnenzeit die Fortzahlung des Lohnes.

Ja, Genosse, das ist ganz was anderes, ob man als Staatsarbeiter sein Abgeordnetenmandat gegen diesen Staat ausübt, oder ob man als Angestellter einer sozialdemokratisch regierten Kassenanstalt für die Sozialdemokratische Abgeordnenzeit leidet. Der Staat soll nicht nur den durchschnittlichen Tagelohn, sondern sogar den nicht verdienten Ueber- oder Akkordlohn weiter zahlen. Der sozialdemokratische Arbeitgeber (die Ortskrankenkasse) über zahlt in dem Falle garnichts. Beides von sozialdemokratischen Rechts wegen!

Sehen wir uns diese Behauptungen etwas genauer an. Daß der Eisenbahnarbeiter Köhler in Bayern, der zum Landtagsabgeordneten gewählt wurde, seinen vollen früheren Verdienst weiter verlangte — nicht nur den Stundenlohn, sondern auch das, was er als Akkordarbeiter mehr verdient hat — ist absolut richtig. Er hat dabei dasselbe, was alle Regierungspräsidenten, Landräte, Forstmeister, Pfarrer und Pastoren tun, die in deutschen Landtagen sitzen und sich ihre anständigen Gehälter neben den Landtagsdiäten weiter bezahlen lassen. Zum Beispiel gibt es einen Berliner Rektor Kopsch und einen Berliner Stadtrat Fischbeck von der freisinnigen Volkspartei, die während der Parlamentsverhandlungen ihr Gehalt wie alle Alterszulagen weiter beziehen, auch wenn sie ihr Amt gar nicht ausüben können. Dann gibt es eine Anzahl konservative und liberale

Pfarrer, Präpste, Konfistorialräte, die ihr Gehalt mit allen Nebenbuzigen weiter erhalten, wenn sie im Parlament sitzen. Auch in der Abgeordnetenliste vom 10. Januar finden unsere Leser weiter eine Anzahl von konservativen und freikonservativen hohen Beamten — Landrat von Wogna, Landrat von Savign, Landrat von Penking, Präsident der Preussischen Bodencreditgesellschaft von Kling, um nur ein paar zum Beweise zu nennen — alle, alle beziehen ihre respektablen Gehälter mit allen Zulagen weiter. Genosse Köhler hat also ganz recht getan, wenn er auch seinen Lohn voll weiter verlangt, so lange diese Herrschaften, die zur Gesellschaft des „Bundes der Landwirte“ gehören, sich aus allgemeinen Mitteln auch während der Landtagszeit füttern lassen.

Und nun zu Auer, den Sohn unseres verstorbenen Führers. Auch das ist richtig, daß er von der Ortskrankenkasse seinen Gehalt nicht weiter bekommt, einfach darum, weil das Gesetz den Krankenkassen dies verbietet, weil die Ausschichtsbehörde die Auszahlung verhindern oder das schon ausgezahlte Geld zurückverlangen würde. Die Regierung steht auf dem vielleicht ganz richtigen Standpunkt, daß Krankenkassenbeiträge zu solchen Zwecken nicht verwendet werden dürfen, sie verhindert also die Gehaltszahlung und unser Lügenpeter im „Bund der Landwirte“ schimpft auf der Sozialdemokratie herum, weil sie die Gesetze des Staats befolgt, verdammt aber den Lesern den wahren Zusammenhang. Beides aus agrarischer Wahrheitsliebe! Ja, Lügner, das ist ganz was anderes!

Auf ähnlichen Unwahrheiten fußt die übrige nicht so genau dargestellte allgemeine Lebensart des Artikels. Da ist z. B. die Verleumdung über Singers Mantel-näherinnen wiederholt, die auf Antrag unseres Genossen Singer schon einigemal durch Bestrafung der Verbreiter vor Gericht klargestellt worden ist. Vielleicht überlegt sich Genosse Singer, ob er nicht dem Wüßler auch einmal das Gedächtnis auf gerichtlichem Wege stärken soll. Auf demselben Niveau scheint eine andere Notiz desselben Blattes zu stehen, die von ungeheuren Gewalttaten sozialdemokratischer Mauer gegen christliche Dachbeder in Nordenham erzählt, wobei einer von den Christen „nieder-gestochen“, nicht weniger als acht „lebensgefährlich“ verletzt sein sollen. Dem armen Landmann, der noch keinen Sozialdemokraten kennt, soll dadurch der Glaube beigebracht werden, Sozialdemokraten seien dasselbe wie Räuber und Mörder. Auch auf diesen Schwindel werden nicht viele hereinfallen. Wir haben aber Bemühungen unternommen, um die Wahrheit an den Tag zu bringen und wenn uns das gelingt, kriegt der brave Mann auch dafür ein paar Dörbe auf seine schmutzigen Finger. Von Rechts wegen!

* Die freie Jugendorganisation hielt am letzten Sonnabend im Gewerkschaftsraum ihre Generalversammlung ab. Infolge eines Versehens des früheren Vorsitzenden konnte sich die Versammlung nur mit rein internen Angelegenheiten beschäftigen. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Heinrich als erster, Grosser als zweiter, Vögler, Fritz Burg und als Kassierer, Knecht als Schriftführer. Zu Beisitzern wurden ernannt die Kollegen Kubick, Pasche, Burg und Dombrowski. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Fränkel, Diehl, Drosig und Pasche.

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses statt.

* Eine Nacht in der Kirche. Ein paar Tagen gingen, so schreibt die „Breslauer Zeitung“, zwei Schülerinnen der Oberklasse einer Volksschule spät nachmittags in eine hiesige Kirche. Sie hatten von Mitschülerinnen vernommen, daß der Herr Kaplan von 4 Uhr ab die Beichte seiner Kommunikantinnen hören wolle, und sie waren sehr verwundert, daß sie in der Kirche weder Gesänginnen, noch den Herrn Kaplan fanden. In der Meinung, daß sie zu früh gekommen seien, setzten sie sich im Hintergunde in eine Bank und verbargen sich dabei so gut als möglich in dem Schöße eines Pfeilers. Zum ersten Male in ihrem jungen Leben sollten sie dem Geistlichen ihre Sünden bekennen, und erwartungsvoll und mit scheuem Bangen harrieten sie auf sein Kommen. Schon trieben in dem heiligen, hohen Raume die Schatten der Nacht ihr dunkles Spiel, und schon waren einige Pelerinnen, die vor den beiden Kindern in den Bänken saßen, kaum noch zu sehen. Doch immer noch gingen und kamen Menschen, und immer, wenn von einem der Gänge her Schritte hallten, starrten die Zwei ihre Augen an, um zu ergründen, ob es vielleicht der Herr Kaplan sei. Nach und nach wurde es ganz still in der Kirche, und immer noch saßen die beiden kleinen Beichtkinder wartend hinter dem Pfeiler, jammern über ihre Missetaten nach und ängstigten sich im Banne des düsteren, unheimlichen Schweigens. Schließlich aber hörten sie der anderen zu, daß sie nicht länger bleiben wolle, weil sie sich zu sehr fürchte, und bald darauf huschten sie mit raschem Entschluß der Türe zu. Die Türe war verschlossen. In wahrer Todesangst und mit allen Kräften versuchten sie, die Türe zu öffnen; auch pochten sie daran und schrien um Hilfe — doch vergeblich! Bis Morgens um 7 Uhr mußten sie in dem kalten Gotteshaus verweilen. Als es früh geöffnet wurde, rammten sie weinend davon. Eines der Mädchen hatte das Abenteuer so tapfer überstanden, daß es bereits um 8 Uhr in der Schule erschien und guter Dinge war; das andere jedoch lag indes krank und fiebernd zu Bett. Ueber die Ergebnisse in der Schreckensnacht erzählt das gesund gebildete Mädchen, daß es zwar sehr große Furcht gehabt habe, doch die ganze Nacht ruhig geblieben sei; die Freundin in dagegen habe anfänglich eine ganze Weile laut geschrien, aus Verzweiflung an ihren Kleidern herumgerissen und nachher die ganze Nacht geweint. Beiden sei sehr kalt gewesen, und sie hätten bis zum Morgen in der Wart geessen und einander festgehalten. Sie freute sich nun, daß die schrecklich lange Nacht überstanden sei.

* Vom Bau der Kaiserbrücke. Die Arbeiten zum Bau der Kaiserbrücke haben ihren Anfang genommen. Das ganze Terrain ist mit einem hohen Dretterdamm verschlossen, innerhalb dessen schon mit den gewaltigen Ausschachtungen begonnen ist. Weiter sind innerhalb des Dretterdamms verschiedene Schuppen für die Arbeiter angelegt worden. Auf der gegenüberliegenden Seite, an der Uferstraße, hat man mit den Arbeiten für den Bau der Brücke noch nicht begonnen. Anlässlich sich man bei den Schachtarbeiten an Widerstände, die in dem massiven Untergrund der dort früher angelegt gewordenen Lohrgrube für Schiffe ihren Grund hatten. Der ausgehobene Boden wird auf einer Feldbahn nach dem Dflauser und Geynplatz gefahren und in hohen Sanden aufgeschüttet. Dieser Boden soll dann später zur Erhöhung des Niveaus der angrenzenden Straßen Verwendung finden.

* Das Tauwetter, welches am Montag einsetzte, hat der Eisbahnverleiher ein jähes Ende bereitet. Am Sonntag summelten sich noch ungezählte Scharen an dem Stadtplatz, Südpark, Schmettau und der Ober-Eisbahn, während am Montag durch den in der Nacht niedergegangenen Regen alles zu Wasser wurde. Von besonderem Reiz ist die Ober-Eisbahn verfallen. Schon das zweite Mal in diesem Jahre mußte der Betrieb nach kurzer Dauer eingestellt werden. Heute sind die Eisbahnen mit großen Wasserlächen über-saen.

* Auf's Pfaher geworfen. In der schlesischen Strohfabrik in Dhlau wurden am Montag sämtliche Arbeiter aus-ges-perrt. Es konnten 40 Personen in Frage. Da die Unternehmer zweifellos hier in Breslau und Umgebung auf die Suche nach Ersatzkräften gehen werden, sei vor Annahme von Arbeit nach Dhlau gewarnt. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

* Eine Gesamtausgabe der Briefe Karl von Holteis wird von Dr. Dedo, Bibliothekar an der Breslauer Stadtbibliothek, vorbereitet. Da Grund zu der Annahme vorliegt, daß besonders in Breslau hier und da noch unbekannt Briefe von Holteis vorhanden sind, so bittet Dr. Dedo alle, die solche Schriftstücke besitzen, an deren schwehwe Ueberlassung. Auch bloße Anzeigen über den Verbleib von Holteisbriefen würden ihm schon wertvoll sein.

* Vom Ober-Spree-Kanal. Die Breslauer Handelskammer hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher auf den für den Verkehr ungenügenden und zum Teil baufälligen Zustand des östlichen Teils des Ober-Spree-Kanals hingewiesen und gebeten wird, für den Ausbau desselben in den gleichen Abmessungen wie für die westliche Strecke die erforderlichen Geldmittel baldmöglichst in den Etat einzustellen. Die Angelegenheit ist auch für den bedeutenden Schiff-fahrtsverkehr zwischen Berlin und Schlesien von sehr erheblicher Bedeutung.

* Die Steuerzahler geben, obwohl sie nun schon bald ein Jahr bestehen, immer noch Anlaß zu sehr berechtigten Klagen. In den zahlreichsten Beschwerdebüchern gehören verständlicherweise die Einwohner von Pölsch, die teilweise eine halbe Tag-reise bis zu der nächsten Bahnhöhe an der Friedrich-Kaistraße haben. Pölsch mehrt sich bei uns ein Genosse, Vater von vier Kindern, dessen Frau zum Teil nur wegen der entferntesten Bahnhöhe die rechtzeitige Steuerzahlung unterlassen hatte und schließlich dem Vollstreckungsbeamten überwiegen wurde. Als sie sich auf den Weg machte, um die Steuer zu bezahlen, war es schon zu spät, von der Friedrich-Kaistraße mußte sie bis in die Wohnung des Gerichtsvollziehers, die sich sehr bequem — draußen vor dem Oberort in der Paulinenstraße befand. Von Pölsch bis zur Paulinenstraße! Hier wurde sie endlich ihre Moneten mit 40 Pf. Zuschlag los. Aber das war noch nicht das Ende der Särden. Bierzehn Tage später wurden dem Manne dieselben Steuern noch einmal zum Lohne abgezogen — mit abermals 40 Pf. Zuschlag, so daß jetzt der Betrag schon um 80 Pf. gestiegen und die Steuer vorläufig doppelt bezahlt war. Am Montag nahm er sich Mittags eine Stunde Urlaub, um die Sache anzuführen und selbst in die Bahnhöhe zu gehen, aber siehe da, als er dort ankam, ist die Ruhe — was an der Kaiserbrücke tagtäglich und wieder was eine Arbeit zu ertragen. Ideal ist ein derartiges Einziehungs-verfahren wahrhaftig nicht und man kann den dringenden Wunsch der Pölscher, entweder eine eigene Steuerabteilung zu erhalten oder die hiesige wenigstens etwas mehr ins Zentrum ihres Rassenbereichs zu legen.

* Auf recht unangemessene Art übergenate sich am 21. Januar, Abends gegen 11 Uhr, in der Antonienstraße, vor dem des Stabgarnens, ein Schuhmann von dem Wesen eines in Krämpfe gefallenen Mannes, der mit starrtem Körper und zitternden Gliedern auf dem Pflaster lag. Nachdem er ihn erst mit dem Fuß ange-fosken, schlug er ihn mit der flachen Schelle auf den Leib, vielleicht, weil er ihn für einen Betrunknen hielt. Erst dann requirierte er einen Krankenwagen, der den Verunglückten westwärtsportierte.

* Verlorenes Verbandsbuch. Am Montag, den 27. Januar ist auf dem Wege vom Berlinerplatz bis Wachsplatz ein Verbandsbuch Nr. 3780, Orts-Nr. 33, nebst beiliegendem Kronenschein auf den Namen Gertrud Solcher verloren gegangen. Der Finder möge es im Verbandsbureau der Schuhmacher, Berlinerplatz 4, abgeben.

* In die Ober-gebrungen. Gestern Abend gegen 8 Uhr war die Passbrücke der Schanplatz einer aufregenden Szene. Eine etwa 20 Jahre alte, schwarz gekleidete, junge Dame setzte sich, nachdem sie längere Zeit in eifrigem Gespräch mit einem Herrn auf der Brücke hin und her promenierte hatte, von der Brücke aus in die Ober. Alle Rettungsversuche, die besonders von den Gästen des nahen Restaurants Wilsenwäldchen unternommen wurden, blieben vergeblich. Die Unglückliche, die hergerichtet um Hilfe gekriegt hatte, versank in den Fluten und konnte noch nicht geborgen werden.

Bei dem Vorfall zeigte sich, so berichtet die „Br.-M.-Ztg.“, ein großer Mangel an Rettungsversuchen. Ein herbeieilender Passant wollte nämlich der mit dem Wogen kämpfenden den an der Brücke besteuerten Rettungsring zuwerfen. Der Ring war jedoch so hoch befestigt, daß es erst mühsamer Kletterveruche an dem eisernen Pfeiler bedurfte, um ihn von seinem allzu sicheren Aufenthaltswort herabzubekommen. Dann erwies sich die Reine so ver-wickelt und ineinander verflochten, daß, als endlich der Ring abwärtsfähig gemacht worden war, jede Hilfe zu spät kam. Es wäre nur zu wünschen, daß an allen Stellen die Rettungsringe in Zukunft niedriger befestigt und ständig gebrauchsfähig gehalten werden, um ähnlichen tragischen Fällen vorzubeugen.

* Grober Unfug. Als ein Kaufmann am 24. d. Mts., Abends, die Gartenstraße entlang ging, wurde mit Gummistiefeln nach ihm geschossen. Ein Geschöß durchbohrte seinen hohen Hut.

* Einbruch. In der Nacht zum 26. d. M. drang ein Dieb in ein Färbereigebäude an der Rosenkaterstraße ein und sprengte mit einem Steinmeißel die Ladenkassette auf, aus welcher er sich 24.35 Mk. aneignete. — In derselben Nacht schlugen junge Burschen die Schan-senstraße eines Geschäftes auf der Friedrichstraße ein und ent-wendeten mehrere Kisten Zigarren.

* Diebstähle. Einem Schlosser wurde in einem Gasthof auf der Vincenzstraße ein Karton gestohlen, welcher 45 Mk. eine Pelz-mütze und Wäsche enthielt. — Einem Stuckateur wurde an einem Neubau auf der Brüderstraße ein grünes Zafelt, eine Weste und ein Paar Schuhtische gestohlen.

Aus den Gerichtssälen.

Rekrutenziehung.

Jetzt ist wieder die Zeit, wo sich die Krieggerichte mit Rekrutenmischhandlungen durch alle Leute zu beschäftigen haben. Wie die Frankfurter „Kleine Presse“ berichtet, hatten drei Musiker des Hanauer Infanterie-Regiments am 22. November einem Rekruten befohlen, den Schlüssel zu ihrer Etube zu holen. Aber der Rekrute wehrte sich, und tat es erst nach einem gelinden Buß. Das hatte der Gefreite Glatz gesehen. Er sagte zu den drei Musikern, sie sollten ihm einmal den Rekruten auf die Etube zu dem alten Rekruten schicken, um ihn zu erziehen. Das geschah, und der Rekrut wurde dann auf der Etube durchgehört. Unter anderem erhielt er mit einem Pantoffel einen Schlag gegen das rechte Ohr, daß das Trommelfell platzte. Wegen dieser Mißhandlung er-gielten die Musikere Knott und Bod je zwei Monate Gefängnis. Außerdem wurden aber wegen Beihilfe zur Mißhandlung der Gefreite zu drei Wochen und die drei Musiker zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Drachlose Telegraphie beim Militär.

Das Krieggericht der neunten Division in Logau verurteilte den Sergeanten Paul Rengel vom 19. Infanterieregiment zu vier Wochen Mittelarrest. Um die Rekruten mit der drachlosen Telegraphie bekannt zu machen, ließ Rengel die Leute in der Etube einander gegenüber so antreten, daß sie sich mit den Händen er-ziehen und auf sein Zählen gleichzeitig achtzigmal konnten. Schade, daß der Ober-Telegraphist nicht auch die Art von Telegraphie kennen lernte.

Ein Auarhiff vor dem Krieggericht.

Vor dem Krieggericht in Gumburg hatte sich der Arbeiter Diebich zu verantworten. Er ist Grenadier der Reserve und war als solcher der Kontrollversammlung ferngeblieben. Er erhielt dann nach einander zwei Gefängnisbefehle, die er schließlich durch folgenden Brief an das Bezirkskommando beanwortete:

